

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Abonnementpreis einschließlich Portogeld monatlich 46,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Verlagsleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltenen Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 3 gespaltenen Nonpareilzeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 2 M.

Nr. 179

Dresden, Donnerstag den 3. August 1922

33. Jahrg.

Die Folgen des Ultimatums

Unauffhaltsamer Sturz der Mark — Ruhige Entschlossenheit in Berlin — Englands Note über die alliierten Schulden

Gestern ist der Dollar glücklich auf 778 hinaufgestiegen. Die Noten Poincarés haben ihre Wirkung getan und die Spekulationen auf den großen Börsen im In- und Ausland haben das ihrige dazu beigetragen, um die Mark zu entwerten. Dabei ist gar nicht abzusehen, wann die Aufwärtsbewegung des Dollars zum Stillstand kommt. Vielleicht steht schon binnen wenigen Tagen der Dollar auf 1000, 2000. Niemand kann es wissen. Ist es doch kein Wunder, daß der Dollar jetzt so stark steigt, das Wunder war viel mehr, daß die Mark nicht schon längst in viel höherem Maße gesunken ist. Viele Milliarden deutsche Mark sind im Ausland im Umlauf. Nur ein geringer Teil dieser Markbeträge wird wirklich zu Zahlungen an Deutschland gebraucht. Wenn sich dieser die Mark noch einigermaßen gehalten hat, so nur deshalb, weil sie internationales Spekulationspapier war, weil sehr viele Leute im Ausland die Mark gekauft haben, nicht weil sie sie zu Zahlungen nach Deutschland brauchten, sondern um zu spekulieren, in der Hoffnung gelegentlich beim Wiederverkauf der Mark Gewinne zu erzielen. Unter diesen Umständen muß ein Streik der ausländischen Spekulationen gegen die Mark unsere Valuta ins Bodenlose sinken lassen.

Poincarés Drohungen haben dazu geführt, daß viele Markbesitzer im Ausland versuchen, um jeden Preis ihre Markbesitzstände abzustufen, weil sie fürchten, daß die Mark noch mehr sinkt. Daß es für die Entwertung einer Valuta noch unten eine Grenze überhaupt nicht gibt, zeigt das österreichische, das polnische und russische Beispiel. Ist doch in Wien der Dollar bis über 40 000 Kronen gestiegen, wie ja überhaupt die Vorgänge in Oesterreich zeigen, wohin auch bei uns die Fahrt geht.

Die Wirkung des Marksturzes auf die Lage der breiten Massen unseres Volkes muß verhängnisvoll sein. Mit rasender Schnelligkeit folgen jetzt auch die Inlandspreise dem Dollarkurs. Wenige Stunden nach dem Bekanntwerden eines höheren Dollarkurses sind auch die Preise für Margarine und andre wichtige Bedarfsgegenstände in den Läden schon höher. Ähne und Gehälter können nicht mehr mit. So schnell können die Gewerkschaften gar nicht die Verhandlungen über neue Lohn- und Gehaltssteigerungen zum Abschluß bringen, wie der Dollarkurs und mit ihm die Preise steigen.

Sonders verhängnisvoll wirkt die schnelle Entwertung unseres Geldes auf die Preise, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, wie die Rentner. Seht die Markentwertung weiter, so ist die Zeit nicht fern, wo der Markmillionär, wenn er sein Geld in festverzinslichen Papieren angelegt hat, Armenunterstützung in Anspruch nehmen muß. In erster Reihe hat natürlich die unsinnige Wiedergutmachungslos die Vorbereitungen für den Sturz der Mark geschaffen. Daß daneben auch eine verfehlte deutsche Wirtschaftspolitik viel dazu beigetragen hat, die Mark herunterzuwürdigen, das ist an dieser Stelle oft genug ausgeführt worden. Wir hatten es viel zu eilig mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wenn auch die Blockade gefallen war, so wußte man doch, daß das deutsche Volk seinen Einfuhrbedarf zunächst aus außerordentlich eingeschränkten Mitteln zur Bezahlung einer großen Einfuhr fehlte.

Gerne müssen wir uns leider darüber klar sein, daß der Regierung im Augenblick kaum wirksame Mittel zur Verfügung stehen, um einen weiteren Sturz der Mark und der damit verbundenen Preissteigerung im Inland entgegenzutreten. Mit Maßnahmen gegen die Börsenspekulation kann nicht viel ausgerichtet werden. Das zeigt uns auch das österreichische Beispiel.

Helfen kann uns nur eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage und eine Wirtschaftspolitik, die endlich einmal der Lage Deutschlands genügend Rechnung trägt. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß eine solche Politik nur möglich ist, wenn endlich die große Mehrheit des Volkes erkennt, daß wir in der bisherigen Weise nicht weiter wirtschaften können und die Beschränkung bereit ist, sich diejenigen Einschränkungen aufzulegen, die nun einmal notwendig sind, wenn wir unsere Einfuhr so vermindern wollen, wie das im Interesse des Landes unserer Valuta erforderlich ist.

Die neue Drohnote Poincarés hat in Berliner maßgebenden Kreisen keine Ueberstärkung in der Behandlung der schwebenden Fragen hervorgerufen. Die Regierung trat in den ersten Nachmittagsstunden bereits zu einer Besprechung der Note und im Zusammenhang hiermit zu einer Besprechung der Gesamtsituation zusammen. Das Kabinett war übereinstimmend der Auffassung, daß nach wie vor ein Grund zur Milderung der Auffassung, die in der letzten Note an die französische Regierung wiedergegeben wurde, nicht besteht und infolgedessen eine Begleichung der französischen Forderungen zu dem angegebenen Termin nicht in Frage kommen kann.

Wenige Stunden nach der Kabinettsitzung fand unter dem Vorsitz des Reichsfanzlers eine Beratung sämtlicher Parteiführer, ausschließlich der Kommunisten, statt. In dieser Besprechung äußerten sich die Parteiführer über die Wirkung der Note auf die innerpolitische Lage Deutschlands. Ueber einstimmend wurde betont, die gegenwärtige Situation fordere keine überstürzten Beschlüsse, sondern Ruhe und Entschlossenheit in der Führung der deutschen Reichspolitik.

Die Reparationskrise

Das Zusammentreffen der beiden Noten Poincarés und Lloyd Georges, die eine an Deutschland, die andere an die alliierten Staaten gerichtet, kennzeichnen die Tatsache, daß aus der Reparationskrise eine Krise der internationalen Zahlungen geworden ist. Mit überraschender Eile hat Poincaré an Deutschland geantwortet, er bestehe auf der Forderung, daß Deutschland bis zum 15. August die 40-Millionen-Rate für die Ausgleichszahlungen leisten werde. Er hat sich nicht einmal einen Tag dazu Zeit genommen, um die Antwort zu formulieren. Somit hätte er wohl nicht in der Höhe des Gefechts festgestellt, daß die Abänderung des Ausgleichsabkommens nur durch einstimmigen Beschluß der vertragsschließenden Mächte möglich ist. Gibt er doch damit zu, daß der Einbruch Frankreichs gegen die deutschen Forderungen erst rechtswirksam werden kann, wenn unter den interalliierten Mächten eine Aussprache über das deutsche Verlangen herbeigeführt worden ist. Das ist der Tatbestand, wie ihn sich z. B. Belgien in seiner Antwortnote an Deutschland zu eigen gemacht hat, indem es erklärt, die Ausgleichszahlungen nur im Zusammenhang mit der Reparationsfrage im allgemeinen behandeln zu können.

Die Drohungen, die Poincaré trotz diesem Zugeständnisse an Deutschland richtet, stehen also in einem logischen Widerspruch mit seiner eigenen Feststellung. Aber die Weltgeschichte wurde und wird nicht mit Logik gemacht, sonst wäre der Versailles Vertrag längst als ein totes Papier zu den verborgenen Akten der Weltgeschichte gewandert. Und darum muß die deutsche Regierung die französischen Drohungen

gen auffassen als das, was sie sind, nämlich als eine Ankündigung von wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Welcher Art diese sein solle, verschweigt die französische Note. Sie besteht bis zum 5. August mittags auf der Erklärung Deutschlands, daß wir am 15. August die 2 Millionen Pfund Sterling zahlen werden. Auffallend ist die französische Forderung deswegen, weil Deutschland in seinem Antwortschreiben ja gar nicht erklärt hat, daß es nicht zahlen will, sondern sich darauf beschränkte, mit aller Eindringlichkeit die Tatsachen zu verzeichnen, die es ihm unmöglich machen, die Devisen für die Ausgleichszahlungen dauernd aufzubringen. Dafür hat Poincaré kein Wort der Erwidrerung gefunden.

Deutschland könnte vielleicht mit dem Aufgebot letzter Kraft und durch Inanspruchnahme ausländischer Kredite dieses eine Mal noch die Rate leisten, wenn es nur darauf ankäme, das Großmaul eines toll gewordenen, aber mächtigen Nichtstuerers zu stopfen. Aber mit der vorbehaltenen Zahlung würde es die Ausgleichszahlungen grundsätzlich als erträglich anerkennen, und das kann es nicht mehr, nachdem infolge der französischen Drohungen die Mark wieder einmal zu einem Ruiner ohne Wert im internationalen Zahlungsverkehr herabgesunken ist. Es bliebe also der deutschen Regierung im besten Falle der Ausweg, die 40 Millionen zu leisten unter der Erklärung, daß für fernere Zahlungen dieser Art keinerlei Gewähr mehr übernommen werden kann und daß letzten Endes — entsprechend der Aufforderung Poincarés — die Interalliierten untereinander auch für die Ausgleichszahlungen eine Regelung treffen, wie sie jetzt für die Reparationszahlungen als unabweisbar anerkannt wird.

Eine solche Haltung Deutschlands scheint uns so mehr geboten, als die Krise der internationalen Zahlungen sich ja nicht nur auf die Ausgleichszahlungen erstreckt, obgleich Frankreich, das mit der Aufstellung der Büten seiner Gußwaren sich so unglaublich viel Geld genommen hat, davon im Augenblick am schwersten betroffen zu sein droht. Lloyd George hat in seiner Note unzweifelhaft erklärt, daß eine Regelung der internationalen Schuldverhältnisse unvermeidlich sei und hat dabei sehr deutlich durchblicken lassen, er müsse jetzt von Frankreich endlich einmal Zinsen und Rückzahlung

Die bayerische Antwort

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. August. Der bayerische Gesandte von Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note als Bayerns Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten übergeben:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Eure Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 steht eine Verhängnisvolle über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohl unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen. Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtiges Dank, denn auch sie erblickt in der Aufschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten. Wenn das Schreiben vom 27. Juli den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entspreche, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen verzeihen, um so mehr, als eine bloß formale rechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Beantwortung auf politischem Gebiet liegt.

Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Stütze der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Souverätsrechte durch die neuen Gesetze verletzt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weiteiler, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, eine Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord, wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schlechthin beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, im Reime neue Gewaltmaßnahmen bergende Richtung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkt des Reichswohls die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkt der politischen Betrachtungen, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unsere Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu legen, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit. Sie hat den bringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles durch die Bundesversammlung zu entscheiden, zu betonen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Bayern zu klären.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Befürchtung geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgesetzt werden, als erzwungene sie die schrittweise Beseitigung der Souverätsrechte und der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr geehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München als auch bei Ihrem Schreiben, den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß es durch Ihre tatkräftige Hilfe einen Weg finden kann, um eine entsprechende Sicherung für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Verfassungen, die eine dauernde Bürgschaft dafür bieten, daß Souverätsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden können.

Zum Schluß darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Rat der Gegenwart und des künftigen Lebens gesellschaftlich dazu führen sollte, das ganze deutsche Volk in seinen einzelnen staatlichen Gruppen und aus eigener Bestimmung heraus zur freudigen Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen.

Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gefaßt, das deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außerpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

Mit der Versicherung ausgeschiedener Hochachtung

als Graf Berchthold.

Reaktionäre Frechheit

Der nationalistische Führer Giller ist aus der Haft entlassen worden, obwohl er wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Nach seiner Haftentlassung hat Giller sofort eine Verammlung veranstaltet, in der er die Versammlung zum Eintritt in seine Terrororganisation aufforderte. Giller ist Oesterreicher, aber die bayerische Regierung wagt nicht, ihn aus Bayern auszuweisen. Giller sagt in seiner Rede sogar, daß der bayerische Innenminister Dr. Schwegler sich versehen möge, wenn er nicht einmal aus Bayern ausgewiesen werden wolle. Der literarische Kopfsteher der antisemitischen Bewegung, Siegfried Ehrhart, äußerte, daß er persönlich den Terroristen jenseit würde, wenn man Giller ausweisen sollte, da ihm etwas passieren. Diese Bemerkung tief in der Verfassungsmäßigkeit des Reiches hervor.

Um den Staat zu wahren, hat die bayerische Regierung in einem Erlaß die Behörden angewiesen, Strafanzeige gegen die Personen zu erstatten, die der Aufregung zu Gewaltthaten gegen die Juden überführt worden sind. Die Nationalsozialisten betonen diesen Erlaß natürlich als einen großen Sieg.

seiner englischen Schuld verlangen, wenn es nicht zu einer internationalen Schuldregelung unter Beteiligung Amerikas kommt. Daselbst England, das nun dauernd seit Jahr und Tag auf Frankreich einen Druck ausübt, um es angeht des finanziellen Verfalls Deutschlands zu einer Maßnahme zu bewegen, droht jetzt von Frankreich Zinsen und Amortisationen für die fast 12 Milliarden Goldmark belzutreiben, die es ihm während des Krieges vorgekauft hat. Es ist dasselbe England, das die geschwächte Zahlungsfähigkeit Deutschlands anerkennt und damit zum Ausdruck bringt, daß wir jedenfalls für diese neue Belastung des französischen Haushalts nicht haftbar gemacht werden können.

Poincaré steht nun vor der Frage, ob er diese englische Politik, die auf eine allgemeine Regelung der Reparationsfrage gerichtet ist, brüskieren will oder ob er im Gegenzug zu der englischen Auffassung die Eintreibung rechtsmäßiger Verbindlichkeiten und den Keinen eigenen Vorteil einem höheren Interesse der gesamten Menschheit opfern will. Ganz sicher, wie der deutsch-französische Streitfall endet, der die deutsche Regierung vor schwerwiegenden Entscheidungen stellt, und in dem Poincaré sich noch zuletzt eine möglichst überlegene Stellung verschaffen möchte, bleibt die Frage des internationalen Schuldenausgleichs offen.

Inzwischen hat sich der Dollarstand an 800 genähert. Die Mark ist fast nur noch einen halben Pfennig wert und das alles dank den französischen Quertreibereien. Daß dadurch die internationale Regelung und die Befriedigung der einzelnen Gläubigerstaaten nicht gefördert worden ist, liegt auf der Hand. Ebenso sehr haben die Vorgänge der letzten Tage bewiesen, daß die Frage keinen Aufschwung mehr duldet, will man nicht mit der wirtschaftlichen und finanziellen Verelendung Deutschlands die letzte Aussicht auf eine internationale Verständigung über den Wiederaufbau der Welt endgültig preisgeben. Die Aussicht auf die hier bevorstehenden Verhandlungen wird für die Geltung Deutschlands gegenüber der französischen Drohung mitbestimmend sein müssen.

Die Weissen von Zion

Deutschnationalen gegen Lubendorff

Lubendorff hat in dem dritten Band seiner Erinnerungen die Schuld an dem verlorenen Krieg auf alle möglichen Richtgenossen, ganz besonders auf die Juden abgedreht. Er hat zu diesem Zweck den bizarrsten Unsinn abgeschrieben, der in antisemitischen Schriften angedrückt ist, und hat unter diesen ein Buch besonders erwähnt, das er zu den Veröffentlichungen rechnet, die die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten. Dieses Buch heißt Die Geheimnisse der Weissen von Zion von Gottfried zur See und war im Jahre 1921 in Charlottenburg in 8. Auflage erschienen.

In Stresemanns Deutschen Stimmen gibt nun Dr. Rudolf Schneider eine Analyse dieses kostbaren Werks. Es gibt sich als ein Geheimbericht vom Kaiserlichen Hof, der 1897, den sich ein Späher der russischen Regierung verschafft, indem er einen Juden beiseite. Das Ganze mache den Eindruck, als ob es von einem sehr ungebildeten Geisteskranken verfaßt sei. Zum Beispiel werden einem „Weissen von Zion“ folgende Worte in den Mund gelegt:

„Sie können einwenden, daß die Nichtjuden unserer Erbitterung mit den Waffen in der Hand über uns herfallen werden, sobald sie vor der Zeit entdecken, wie alles zusammenhängt. Für diesen Fall haben wir nur ein letztes, fürchterliches Mittel in der Hand, vor dem selbst die tapfersten Völker erzittern sollen. Bald werden alle Hauptstädte der Welt von Stollen der Untergrundbahnen durchzogen sein. Von diesen Stollen aus werden wir im Falle der Gefahr für uns die ganzen Städte mit den Staatsleitungen, Kesseln, Urkundenansammlungen und den Nichtjuden mit ihrem Hab und Gut in die Luft sprengen.“

Das ist ein solches Opus, an dem gemessen ein ägyptisches Traumbuch noch als wissenschaftliches Meisterwerk erscheint, in Deutschland mehrere Auflagen erleben konnte, muß geradezu Entsetzen erregen. Das sind herrliche Resultate unserer vielgerühmten Schulbildung! Aber daß Herr Lubendorff zu solchen Beweismitteln greift, um seine Unschuld an der Katastrophe zu erklären, ist weiter nicht verwunderlich und der geistigen Höhe, die z. B. aus seinem Hoffmann-Brief an Sonntag spricht, vollkommen angemessen.

Bemerkenswert ist nur, daß der deutsch-nationale Tag des Herrn Lubendorff diese Blamage benutzt, um zum offenen Angriff auf Lubendorff überzugehen. Er schreibt:

Lubendorff hatte in seinem dritten Band über das Buch u. a. gesagt, es mehrten sich in der letzten Zeit die Veröffentlichungen, die die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten. Dr. Rudolf Schneider gibt nun in seinem Aufsatz einen Einblick in den Geist dieses Buches. Was er dort aus ihm zieht, ist für die Deuteilung unseres öffentlichen Lebens so charakteristisch, daß wir glauben, an dieser Veröffentlichung Schneiders nicht vorübergehen zu dürfen. Im Interesse der Weltanschauung unserer innerpolitischen Verhältnisse erscheint es dringend notwendig, daß solche Auswüchse politischer und religiöser Hasses entgegengetreten wird.

Nachdem der Tag schon zuvor Lubendorff wegen seines Briefwechsels mit Sonntag öffentlich gerüffelt, erteilt er ihm jetzt diese

Leben • Wissen • Kunst

Der vergnügte Dilettant

Unter diesem Titel plaudert H. Schafst in der Volk. Ztg. über die förderlichen Vergnügungen des Dilettantenhaus und sagt vom Reichen:

Rein Dilettantismus kulminiert aber im Reichen. Die andern Vergnügungen dehnen sich durchs ganze Jahr, dies ist Saisonarbeit. Zwei, drei Wochen im Sommer, konzentrierte Genusssucht. Davon abnt ihr ja gar nichts, wie schön das ist. Es müssen in dieser Epoche ja auch schlimme Erfahrungen gemacht worden sein, weil man den malenden Dilettanten fast am meisten haßt: es soll Pöckelisse geben, die Postkarten in Öl kopieren, und ältere Tanten, die Sticheben und Wasserfälle herstellen, um sie an die Familienwände aufzuhängen. In meiner Verwandtschaft gibt es das nicht, und ich hänge nicht einmal die eigene Kunst auf. Aber ich bin mit ihr doch recht zufrieden, denn das Stitzenheft ist das wertvolle Tagebuch meiner glücklichen Stunden.

Wiewohl ich in der Verheißung etwas sorglos, nehme es mit Vorsicht und Mißtrauen nicht genau genug: das müßte ich selber an mir tadeln, da ich nie die Absicht habe, mein inneres Chaos in schiefen Ecken und eckigen Nischen auszubringen, sondern, fern allem expressionistischen Ziel, Erinnerungszeichen aufzuschreiben will. Aber die Festentimmung macht leichtfertig. Ich rede dem romantischen Phantasieren, das die Welt in „Motive“ rufft, und deshalb fahre ich immer in laibliche Gegenstände besonders gern und nicht bloß wegen des Wohlwollens, weil dort Bildnisse, Radierungen, Appellen, weil dort die letztere Beweglichkeit des einfachen Porzells die „Bilder“ aufzuwecken lassen. Die Welt hat auch ihre Reize, aber sie sind mühsam und, wenn sie nicht von unübersehbarer Deutlichkeit. Ich bin sehr stolz darauf, wenn ich die zarte Kraft einer göttlichen Madonna mit noch feinstem Stoff gekannt habe, aber die Festigkeit eines bezogenen Deckens, dessen buntes Gewand in schwarzen Holzflechten aufgeföhren wird, ist lässiger; man kann hier immer ein bißchen schwindeln, und es ist doch richtig. Frühen, Kore, Giebelgassen, Burgen, bei denen man ein bißchen „Kellnerstudien“ unterbringen kann, Kellner, die in wunderbarer Ruhe sitzen, bis man mit allem Geiz fertig wurde — nur vor dem Schächter habe ich eine respektvolle Scheu. Das sind die Räume. Die sind nicht für Dilettanten. Unser Zeichenlehrer hatte so eine Aesthetik für

vernichtende Ausführung. Die ganze Veröffentlichung ist als ein Teil der Aktion zu verstehen, die vom gemäßigteren Flügel der Deutschnationalen gegen die „Völkischen“ unternommen wird. Dabei kann der Kopf des Burms eben auch nicht verschont werden, wenn auch darüber deutsche nationale Legenden werden werden müssen. Im Lager der Rechten ist die Höhe und die Bewegung eingetreten!

Das neue Kabinett Facta

Dem gestürzten italienischen Kabinett Facta ist nach langen schwierigen Verhandlungen inzwischen eine neue Regierung Facta gefolgt. Die Zusammensetzung dieses neuen Kabinetts weist bei einem Vergleich mit der gestürzten Regierung kaum Unterschiede auf. Nur in dem Innenministerium, das bisher von dem Ministerpräsidenten Facta verwaltet wurde, ist ein Mann eingetreten, der den verantwortlichen Leiter der italienischen Politik an Energie wesentlich überbietet. Das ist für innerpolitische Verhältnisse Italiens äußerst begründbar, wenn wir uns auch klar darüber sind, daß selbst ein Mann mit besonderem Mut und Entschlossenheit die für Italien in Frage kommenden innerpolitischen Notwendigkeiten nicht ohne weiteres meistern kann. Es ist zweifellos richtig, daß die faschistische Gefahr, die nicht nur das Leben der Arbeiter bedroht, sondern für die ganze italienische Nation eine Gefahr ist, nicht mit Waffengewalt erdrückt werden kann. Ein Kampf in Waffen gegen die Faschisten würde bei deren Organisation und deren Stärke sicherlich den Bürgerkrieg bedeuten. Hier rufen sich die Verfassungskräfte des vergangenen italienischen Regierung und des italienischen Parlaments! Nur mit überlegener Staatskunst und durch systematische Beeinflussung der öffentlichen Meinung kann die Entwaffnung der Geister in Italien herbeigeführt und zur Lösung der schwierigen finanziellen und sozialen Fragen geschritten werden.

Seider ist die Einziehung der Sozialisten, die ihre Bereitschaft zum Eintritt in eine Antifaschisten ausgesprochen hatten, bei der Bildung des neuen Kabinetts nicht in Frage gekommen. Das wird unsere italienischen Genossen sicherlich nicht abhalten, ihre grundsätzliche Auffassung über die Koalitionspolitik nach wie vor gegen die radikale Linke zu verteidigen. Neben den Gesamtverhält-

nissen trugen zu dem Ausschluß der Sozialisten aus dem neuen Kabinett zweifellos auch die antisozialistische Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten bei. Die Entwicklung der Verhältnisse wird aber auch hier zu einer Wende führen. Italiens Lage macht eine klare Mehrheit geradezu notwendig. Erst wenn ein klarer Kurs eingeschlagen werden kann, werden die Wege der innerpolitischen Gesundung antreten können. Bevor dieser Uebergangsprüfung überstanden ist, kann man deshalb nur schwer mit einer Regierungspolitik des neuen Kabinetts rechnen, die in innerpolitischer Hinsicht das italienische Volk und in außenpolitischer Beziehung Europa befriedigt.

Griechisch-türkische Scharmügel

Nachrichten aus Thessalonika zufolge kommt es täglich zu Scharmügeln zwischen türkischer Gendarmerie und griechischen Vorposten. Ein verunreinigter Turm wurden nach Thessalonika gebracht. Trotz des Verbots der alliierten Truppen wandert die Bevölkerung in der Gegend von Konstantinopel aus. Aus der Gegend von Anzof wird ein Grenzstreifen gemeldet. Eine Abteilung griechischer Kavallerie überschritt die Grenzlinie und geriet mit türkischer Gendarmerie in ein Feuergefecht. Unter Zurücklassung dreier Toten und eines Verwundeten zogen sich die Griechen über die Grenze zurück. Weiter drangen zwei griechische Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in die neutrale Zone ein, wo sie sich in einem Bauerntal, 600 Meter von der Grenzlinie entfernt, festlegten.

Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Ostthrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande getroffen, um jedem Vorbringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten.

Englische Streitkräfte in Bereitschaft

Konstantinopel, 2. August. Die Anweisung, wonach das dritte leichte Kreuzergeschwader mit einem Bataillon Infanterie nach Konstantinopel abfahren soll, wurde angefohoben, doch bleiben die Truppen weiterhin in Bereitschaft.

Das sittliche Stahlbad

Ungefähr zur selben Zeit, da sich zum achtmal die Kriegserklärungen jähren, die zum Weltkrieg geführt haben, und die Hunderttausende von Stimmen in allen Ländern, die aus dem Verhängnis für die europäische Kultur gelernt haben, den Ruf erschallen lassen: Nie wieder Krieg!, spielte sich vor einem belgischen Schwurgericht in dem alten belgischen Kulturzentrum Brügge ein Prozeß ab, über den wir bereits kurz berichtet haben und der zum mindesten eine Erklärung dafür liefert, weshalb gewisse Kreise des deutschen und jedes Volkes, der Adel an der Spitze, so begeistert für den Krieg sind. Krieg gewährt Reuten von diesem Schläge ein Leben, das noch höheres Schicksal bedeutet als ihr sonstiges Dasein im Staat. Das belgische Schwurgericht zählte jetzt nochmals einen Mordprozeß auf über eine ungeheuerliche Untat, die bereits ein deutsches Kriegsgericht während des Krieges mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft hatte. Die Schuldigen sind ein Freiherr von Sageren-Richolt und Prinz August von Stolberg-Wernigerode; sie wurden zum Tode verurteilt. Diese beiden feudalen Herren gehörten, wie sich das jetzt zusammen mit dem Prinzen von Wied, von Hohenlohe, dem Graf v. Schwerin und andern der Garde-Kavallerie-Division an, die beim Einmarsch in Belgien bis nach Westflandern vordrängte und sich dort beim Ende des Vormarsches und beim Uebergang zum Stellungskampf häuslich in der westflandrischen Schloßer und Herrensitze bezogen, und damit nur noch feudalen Herrenleben begannen, als es in der Heimat ihre Geflohenheit war. Die selbgraue Uniform genährte ihnen nicht für ihre Audienz zu Jagd und Sport, dazu ließen sie sich ihre hässlichen Friedensuniformen nachkommen. Abends fuhr man im Automobil in die Städte Brügge, Ostende, Gent oder Brüssel, mochten sie auch weit entfernt sein.

Auf dem Schlosse „De Muntken“ ließen sich die beiden hochadeligen späteren Mordgefallen der Garde-Kavallerie-Division zur kriegerischen Betätigung, wie sie sie verstanden, nieder. Besitzer dieses Schlosses war ein belgischer Graf, der seine deutschen „Gäste“ freundschaftlich und zuvorkommend aufgenommen haben soll — internationale Beziehungen sind ja nicht nur beim Kapitalismus und Sozialismus, sondern auch beim Adel Wesensbestand. Aus den freundschaftlichen Verhältnissen des belgischen Schloßbesizers mit den Offizieren der Garde-Kavallerie-Division scheint sich aber in kurzer Zeit gegenüber der Schloßherrin das entwickelt zu haben, was man ein „Verhältnis“ nennt. Darüber wurde die Garde-Kavallerie-Division zwar im Frühjahr 1915 nach Aufstand

abtransportiert, aber die beiden späteren Mörder blieben in Belgien; sie hatten sich an das Kriegsleben dort schon so gewöhnt, daß sie auf kriegerische Vorbeeren in Rußland verzichteten. Plötzlich erschien eines Tages ein Armeeoffizierwagen mit dem Prinzen von Stolberg, der den Befehl haben wollte, dem belgischen Grafen nach dem Armeehauptquartier zu bringen. Ueberraschenderweise befand sich im Automobil auch Freiherr von Sageren, obwohl er zu jener Zeit bereits in einer andern Provinz Belgiens sein Genossenleben führte. Von dieser Automobillfahrt kehrte der belgische Graf nie mehr zurück, er war spurlos verschwunden, bis Walbarbeiter im September 1916 seine Leiche mit einem Schusse in der Schläfe und einem im Rücken, im Walde verdeckt, entdeckten. Beide Schüsse rührten von deutschen Armee-revolvern her.

Ganz ist das Geheimnis über diese Mordtat nie gelüftet worden. Beide Feudalherren der Garde-Kavallerie haben allen Anzeichen nach um den weiteren oder endgültigen Verbleib eines Beides einfach den belgischen Grafen seitlings über den Haufen geschoben. Es war ja Krieg. In dieser Ueberzeugung scheint auch das deutsche Kriegsgericht damals gekommen zu sein, das die Angelegenheit zwar möglichst vertuschend, die beiden entsprechend verurteilte. Aber sie haben ihre Strafe nicht abgelesen, denn — die beiden Etappen-schweine zwischen 25 und 30 Jahren meideten sich plötzlich zur Front. Für diese Herren war also die vordere Linie das, was sonst für den Mörder Zuchthaus ist, der Tod vor dem Feind, den er hat, der Ersatz für zehn Jahre Zuchthaus. Ein herrliches Bild des deutschen Militarismus aus der wilhelminischen Ära. Für Leute von der Geistesbildung solcher Prinzen und Freiherren bedeutet Krieg Saufen, Purren und Schlemmen, möglichst weit weg vom Feinde. Dabei sind sie jederzeit hell begeistert, wenn sich irgendwo eine Aussicht auf den Krieg bietet. Solchem Geisteslichter muß die Republik endgültig das Handwerk legen.

Der Brügger Prozeß und die Reichsregierung

Wie aus Berlin gemeldet wird, hält es die Reichsregierung für ihre Pflicht, die Verantwortlichkeit über den Verkauf des Prozeßes vor dem Schwurgericht in Brügge gegen die ehemalsigen deutschen Offiziere von Sageren und Prinz August von Stolberg-Wernigerode rückhaltlos aufzuklären. Das Reichsjustizministerium ist mit der Prüfung des in Deutschland vorhandener Materials über den Fall beschäftigt und wird das Ergebnis der Veröffentlichung bekanntgeben. Die kriegsgerichtlichen Akten gegen die beiden Offiziere sind dem Reichsarchiv angefordert worden.

ändern, wonach sich die Schauplatzpunkt zu richten habe. Er der Hand von vier holländischen Despoten: Ophelia, Lear, Hamlet, Oskar. Oskar führte er diesen Gedanken in einzelnen durch und gab ebenso feinsinnig Analysen der Charaktere und der Dichtungen wie erklärende kritische Diagramme. Bei Ophelia liegt das richtige Bild des Jenseits vor: ein düsterer Dämmerzustand, in welchem die Unmöglichkeit zugleich, unbeschädigt und unbeschädigt, der Ende in den Wässern des Stromes findet. Bei dem mangelfähigen Stande der damaligen Dichtung habe Shakespeare in den Strophen Lombas Gelegenheit gehabt, solche Räume in Wirklichkeit zu sehen und somit ein ursprünglich naturwahrer Bild mit all den großen Witzeln seiner großen Kunst auszuklammern. Bei König Lear handle es sich um einen auf dem Boden des Alterschwandels entstandenen Verwirrungsfall mit Erregungen und Einseitigkeiten. Besonders interessant waren Prof. Strohmachers Angaben über Oskar. Dieser sei während des ganzen Stückes durchaus nicht als „geisteskrank“ aufzufassen und zu sehen, vielmehr lasse Oskar in seinem und richtigem künstlerischen Bewußtsein die Krankheit erst am Schluß des Dramas ausbrechen; aber auch da seien irgendwelche krasse Erregungen ebenso zu vermeiden wie zuvor krankhafte Bewegungen, wie auch der Dr. Rank in Nora nicht als „Kaffee“ darzustellen sei, etwa gar mit jenem auffallenden jähwandelnden Gange von „Rückenmarkstrinken“, welcher ohnedies gar nicht ein notwendiges Symptom dieses Leidens sei.

Die Auseinandersetzungen Prof. Strohmachers machten tiefen Eindruck auf die Zuhörer, und es ist zu wünschen, daß diese Vorlesungen, welche noch erweitert, bei dem Besuche im nächsten Jahre wiederholt werden.

Dresdner Kalender

Theater am 4. August. Opernhaus: Schloffen. — Schauspielhaus: Schloffen. — Reichstheater: Schloffen. — Berliner Hoftheater: Schloffen. — Central-Theater: Der Rufende. — Der Rufende.

Das Sammelmuseum für jüdische Volkskunst, Dresden-Neustadt (beim Jüdischen) ist unter den vielen Strahlen, die jetzt die Sammlung schmücken, ein solcher von eigenem Art und ungewöhnlicher Größe gesammelt worden. Es ist ein sogenanntes „Gegenstück“, den Völkergeschichtlichen Kulturen, Schloffen, überliefert hat. Immer wieder, daß ein so großes und schönes Bild zu den Völkergeschichten gehört.

„Raumschlag“: da gab es Daken für Buchen, Schnörkel für Fischen, wechselfe Strichlage für Nadelholz; aber ich hab' das immer ein bißchen verachtet. Denn mit derlei werde ich auf einmal der Glücke meines Volkes. Ich begnüge mich deshalb lieber mit Andeutungen oder gebe aufs Ganze, d. h. ich schmiere lieber massige Flächen mit breiter Kohle auf das Papier.

Das Lustige an der Sache ist, daß für mich diese Bilder immer schön sind, bloß für mich, denn ich weiß ja, wie es eigentlich ausfällt. Ich erlebe immer noch einmal, wie das damals war, und alle Anekdoten kommen zurück, die Kinder, die Raubvögel, die Gipse, die Gesproche, die Bekanntschaften. Am solch ein Blatt des „Eugenbuches“ hängt immer viel mehr als die bloße Lust des „Wahlens“ — der ganze Reim einer Reize bleibt in ihrer Lebendigkeit, und ich kann mit ihm im tiefsten Winter ins Gedächtnis oder an die See fahren. Ich allein; das ist das Geheimnis des Dilettanten. Denn der Künstler muß damit zu den Reizen gehen und sein Vergnügen ist ein Beruf geworden, mit Konjunktur und Konkurrenz. Von diesen Sorgen bin ich gänzlich frei. Ich deklariere mich.

Die Sprache ist übrigens sehr tonisch. Sie redet von „Dilettanten“ und meint damit diejenigen, die mit ihrem Leben nichts recht anzufangen wissen. Ich bin für mein Leben Dilettant, würde es aber sehr trüben nehmen, wollte mir jemand nachsagen, daß mein Tun nichts lauge. Wir müssen das Wort abschaffen. Wir wollen die Nichtstötter heißen; aber uns laßt ohne Erwähnung das Vergnügen an den Dingen, die wir nicht gelernt haben, wenn wir euch dafür mit ihnen in Ruhe lassen.

Dramatische Wahnsinnszenen

Ueber die Darstellung von „Wahnsinnszenen“ auf der Bühne stellt anlässlich der Hochschulkonferenz für dramatische Kunst in Jena der Professor der Theaterwissenschaft an der Jenaer Universität, Prof. Dr. Strohmayer, eine außerordentlich fesselnde und lehrreiche zweistündige Vorlesung. Gegenüber den mannigfachen solchen Auffassungen in Büchern und Zeitschriften und der oft zu bemerkenden Sucht, unter dem Vorzeichen naturwahrer Darstellung, komödiantische Effekte zu erzielen, wies der Redner klar und überzeugend nach, daß die Bühne nicht die Aufgabe habe, „künstliche Bilder“ zu zeigen, sondern einzig und allein in engem Anschluß an die Dichtung, künstlerische Wirkung herbeizuführen. Der Dichter habe das Recht, nach seinen Ideen und Wünschen das psychologisch-medizinische Krankheitsbild frei zu gestalten und an

Aus dem kapitalistischen Irrenhause

Während Hunderttausende nicht wissen, wie sie auch nur auf ihren Sonntagstisch gelegentlich mal Fleisch bringen sollen, lesen wir in der landwirtschaftlichen Beilage der hiesigen Elb-
tala-Bombpost Nr. 177 vom 31. Juli 1922 folgendes Inserat:

**Zu Futterzwecken für Gänse und
Hühner, solange Vorrat:
offizieller, solange Vorrat:
Rindfleisch
in Weichblechdosen à 1 Pfund, in Äpfeln mit 50
und 100 Dosen zu M. 6.— per Dose frei Bahn
Dresden inkl. Abfr.; Rindfleisch mit Gemüse in
Schmalzblechdosen à 1 Pfund, in Äpfeln mit 100
Dosen zu M. 4.50 per Dose frei Bahn Berlin
inkl. Abfr. G. L. Has. Ronahelm 101, Postfch.,
Ronto Parkstraße 17 598.**

Zweifellos hat irgend ein gemeingefährlicher Wucherer und Schieber diese Lebensmittel angekauft, um sich daran zu bereichern. Inzwischen ist ihm die Ware, weil ihm die Preise wahrscheinlich noch immer nicht hoch genug geliegen waren, verborben, und nunmehr offeriert er sie als Hundefutter. Sollte es den Behörden nicht möglich sein, gegen solche Schändlinge ein beschleunigtes Verfahren einzuleiten? Wie wir zu beobachten Gelegenheit haben, sind leider die Gerichte in diesen Dingen allzu säumig, so daß das Eingreifen der Polizeibehörden in sehr vielen Fällen durch das Verhalten der Gerichte illusorisch gemacht wird.

Das obige Inserat ist ein kleiner Ausschnitt aus der Welt von heute. Fügen wir einen größeren hinzu. Ein Herr Maurice Gregory erklärte am 26. Juli in einer Sitzung, die mit dem Friedenkongress in Verbindung steht, er habe auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten in Wisconsin erfahren, daß dort und in den andern fünf

großen Getreidestaaten des mittleren Westens ungeheure Getreidemassen aufgeschapelt sind, nicht etwa aus Mangel an Transportgelegenheit — im Gegenteil, er sah auf allen Bahnhöfen unendliche Mengen leerer Güterwagen —, sondern um höhere Preise abzuwarten. Wie im mittleren Westen der Vereinigten Staaten Roggen und Weizen, so liegen in Australien ungeheure Quantitäten von Weizen aus Spekulationsgründen aufgehäuft. Dort hat diese Massenaufhäufung von Weizenfrüchten zu einer furchtbaren Mäuseplage geführt und an einer Stelle füllten die kleinen Leichen erdlagener oder überfressener Mäuse acht Tonnen. „Die Würste“, so sagte Maurice Gregory, „das wirtschaftliche Chaos der Welt besser illustriert werden als durch die Massenaufhäufung von Nahrungsmitteln im mittleren Westen und in Australien, die leeren Güterwagen und Dampfer und die Kannen mit toten Mäusen auf der einen und die Hungerknot in Osteuropa auf der andern Seite?“

Wer erinnert sich bei diesen Meldungen nicht jener Berichte aus Südamerika, wo Dampfmähdrescher mit Getreide gefeuert wurden, um die Preise herabzusetzen und die Schiffskapazitäten herabzubrühen? Ein Dresdner Blatt bringt Maurice Gregorys schaurigen Bericht unter der Überschrift: Aus dem menschlichen Tollhause. O nein, es handelt sich hier um ein besonders menschliches, es handelt sich um das kapitalistische Tollhause, denn zu solchen Verbrechen an der Menschheit können nur privatkapitalistische Spekulationsmöglichkeiten verleiten. In einer sozialistischen Gesellschaft, in einer Kulturwelt, die auf Gemeinwirtschaft gegründet ist, gibt es keine Spekulation. Aber sie wird mit allen ihren Greueln bleiben, solange die Privatwirtschaft besteht. Wir geben jedoch gern zu, daß solche unbestreitbare Tatsachen und eigentlich selbstverständlichen Erkenntnisse kapitalistischen Blättern unbehaglich sind.

Stellung eines bayerischen „Schweinebegriffes“ gegenüber den im deutschen Norden und im sonstigen „Ausland“ tätigen Parteigenossen. In einem Artikel „Nieder mit Bayern“ werden die sozialistischen bayerischen Reichstagsabgeordneten Vogel, Hoffmann und Antonsleitner förmlich als bayerische Schweineverräter an den Pranger gestellt und den bayerischen, für Norddeutschland und für das übrige „Ausland“ schreibenden sozialdemokratischen Schriftstellern eine Art moralische und vielleicht auch materielle Exekution in Aussicht gestellt.

Ein Schwein läßt sich abstecken

München, 2. August. Die Münchner Zeitung berichtet: Der Abgeordnete Dr. Heim hat sich auf einer großen Bauernversammlung in Türkenfeld mit dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich beschäftigt, und dabei unter anderem ausgeführt: Heute kann ein Bayer, wenn er in Bayern ein freies Wort sagt, aus Berlin zur Verurteilung kommen und in Bismarckstraße eingesperrt werden. Hat es diesen Streit gebracht? Kurzum alles nach dem Vinal regiert werden? Die Zerstörer des Reiches sind nicht wir Bayern, sondern jene Leute, in denen ein Geist lebt, von dem unser Volk nichts begreift. Ein Schwein läßt sich abstecken, aber wir in Bayern wollen uns nicht abstecken lassen. Eine Politik, die darauf hinausläuft, uns in Bayern das Leben unmöglich zu machen, eine solche Politik will uns abstecken. Da kann uns auch kein Mehrheitsbeschluß abstreifen. Wir haben nachgegeben in der Einwohnervermehrung. Warum? Aus Patriotismus, um Schwestern nicht zu gefährden. Aber jedes Nachgeben hat seine Grenzen. Ich kann mir keine bayerische Regierung denken, die nicht weiß, daß es um den letzten Rest der bayerischen Selbständigkeit geht, da hinter uns, wenn wir wieder nachgeben, der Bolschewismus droht. Wir wollen diesen Kampf nicht, aber ein Volk, das seine Heimat nicht liebt, ist keine Heimat nicht wert. Wir Bayern waren auch immer echt demokratisch in gutem Sinne des Wortes. Wir haben schon vor der Revolution das freieste Wahlrecht gehabt. Darum wollen wir auch jetzt in diesem Kampfe um den letzten Rest unserer bayerischen Selbständigkeit zusammenstehen und wollen sein ein einzig Volk von Brüdern. Die Ausführungen Dr. Heims wurden mit langandauerndem stürmischem Beifall quittiert.

Bayerische Verbote

Der Regierungskommissar hat das Erscheinen des Münchner kommunistischen Organs, die Neue Zeitung, und des Augsburger kommunistischen Organs, die bayerische Arbeiterzeitung, auf fünf Tage wegen Veröffentlichung eines Aufrufs des Bezirksrates der kommunistischen Partei Nordbayerns verboten.

Kleine politische Nachrichten

Minna Lauer †
Berlin, 3. August. In der Nacht vom 2. zum 3. August starb die bekannte Führerin der Frauenbewegung und Politikerin Frau Minna Lauer.

Sofortiger Zusammentritt des Banker-Ausschusses
Der diplomatische Mitarbeiter des Volks-Telegraph schreibt, daß der Banker-Ausschuss einberufen werden wird, inwieweit der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Ausfuhr- und Wiederherstellungsanleihe erneut zu erörtern.

Schanzer fährt nach London
Die italienische Regierung hat offiziell mitgeteilt, daß der italienische Außenminister Schanzer am Montag in London ein-
treffen werde, um an der Konferenz teilzunehmen.

Aus aller Welt

Der Stiefelputzer als „Mitschenbrin“
Unter dem Namen Fred Lame, Janderhändler, Hofscher, Filmchauspieler und „Prinz aus Indien“, hat in Halle ein Betrüger zwei Frauen, denen er sich mit Heiratsanträgen nahte, um Hunderttausende von Mark und kostbare Wertgegenstände geschädigt. Einer der Betrogenen hat er vorgeredet, er wolle sie als seine Frau mit nach Indien in seinen Palast nehmen. Sie hat ihm darauf eine Viertelmillion Mark an barem Gelde geopfert. Eines Tages war der „Prinz von Indien“ mit ihm seine Sekretärin verschwunden. Jetzt hat die Kriminalpolizei ihn und seine Leipziger Sekretärin in Essen in dem Augenblick verhaftet, als das Mädchen vom Standesamt zur Wohnung zurückkehrte. In der Gefängniszelle geriet der junge Ehemann aus Wut über die gestörte Hochzeitsfeier seinen Festungs-
Gefelle sich jetzt heraus, daß der „Prinz von Indien“ ein Stiefelputzer namens August Vorkus vom Hauptbahnhof in Leipzig ist.

Bis auf das Hemd ausgezogen wurde der 43 Jahre alte Arbeiter Johann Jockweil, der sich in Berlin auf der Suche nach Arbeit, von dem Hofe der Wälderherberge, Krautstraße 38, in sinnlos betrunkenem Zustand, unbekanntes Lötter hatten ihn bis auf das Hemd ausgezogen. Man brachte ihn nach dem Polizeirevier und nahm ihn bis zu seiner Ausmünderung in Schutzhaft. Nachdem er wüthend geworden war, konnte er sich auf die Verjüngung nicht im geringsten mehr bestimmen.

Der Dollar 870,00

	2. 8.	2. 8.	1. 8.	1. 8.
	Geld	Grief	Werb	Grief
Schweden	100 Gulden 29982,5	90087,5	24816,8	24851,1
Dänemark	100 Kronen 16479,4	16520,6	15382,6	15377,6
Schweden	100 Kronen 30174,7	30225,3	16379,1	16720,9
Norwegen	100 Kronen 12063,7	12016,5	10788,5	10818,5
Hollands	100 fl. 1667,90	1663,10	1498,90	1481,70
Schweiz	100 Franc	—	1255,6	1229,8
Wien (Deutschöster.)	100 Kronen	1,38	1,38	1,37
Wag	100 Kronen	1572,85	1577,35	1571, —
Subpost	100 Kronen	31,96	32,04	31,56
Wäskel-Württemberg	100 Kronen	4083,55	5047,45	4991,75
Spanien	100 Peseten	—	997,50	10012,5
Italien	100 Lire	8515,60	8594,40	8521,50
London	1 Pf. Sterling	8445,85	8454,95	2854,40
Wien	1 Schilling	778,52	778,48	843,51
Wien	1 Dollar	6897,15	6882,95	5298,85
Wien	100 Franc	292,124	287,574	288,20
Wien	1 Peso	—	—	288,20

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 3. August. Die Börse ist heute wieder weniger Schwankungen unterworfen. In der Woche lassen sich Notierungen kaum vorfinden. Man nennt den Dollar 840, 860, 880 und 870, je nach den Stimmungen der einzelnen Großbanken. In Wien der Woche notierte der Dollar 846. Am Effektenmarkt macht sich große Festigkeit geltend.

Wasserstände der Weiden, Elbe, Oder und Spree

Wasser	1.	2.	3.	4.	5.
Weiden	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5
Elbe	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5
Oder	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5
Spree	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5

Die Politik des Herrn Stinnes

Der Eintritt des Professors Dr. Paul Vensch in die Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat dort eine Redaktionskrise erzeugt. Die bisherigen Redakteure, namentlich der politische Redakteur, sind mit der Übernahme der Leitung durch den neuen Kollegen nicht einverstanden. Aus dieser Redaktionskrise wiederum sind allerhand Gerüchte aufgeflogen, die in einem Teil der Presse kolportiert wurden. Dazu nimmt jetzt der Verlag der Deutschen Allgemeinen Zeitung das Wort und sagt an leitender Stelle, daß Stinnes an den Verkauf dieses Blattes nicht denke. Ebenjowenig sei eine Aenderung der politischen Richtung des Blattes vollzogen worden oder beabsichtigt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung bleibe, was sie seit dem Wechsel im Besitz gemein sei: ein bewußt über dem Streite der Parteien sich haltendes politisches Blatt, dessen Ziel die Hebung und Förderung des Parteigewisses im Sinne einer bewußten großen nationalen Volksgemeinschaft sei. Wir können, heißt es dann weiter,

und in unserer Lage den August nicht gestalten, auf der einen Seite eine so große und national wie kulturell so wichtige Bevölkerungsschicht, wie sie sich in der Deutsch-nationalen Volkspartei darstellt, auf die Dauer mit dem Rücken gegen den Staat stehen zu lassen. Es gehört daher auch zu unseren Zielen, dieser Partei die Wege aus ihrem politischen Schwellenstand zu ebnen. Auf der andern Seite gilt es, die Arbeiterklasse in steigendem Maße zur Arbeit am Staat und damit zur Verantwortung heranzuziehen.

Das Programm der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist eine Angelegenheit des Herrn Stinnes. Es fällt uns nicht ein, darüber zu streiten, zumal sich Herr Stinnes dieses sein Hauptorgan jährlich einen Zuschuß von an die 30 Millionen Mark leisten läßt. Wir können sehr gut verstehen, daß angesichts der erwartenden Macht der Arbeiterklasse, angesichts der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse in der Wirtschaft, die deutsche Großindustrie ein elementares Interesse an einer Milderung der politischen Kämpfe hat. Dabei unter Ausbühnung der verschiedenen Volkskreise zu bestehen ist, daß sich das Großkapital bei dieser Ausbühnung keine weitere Ausbreiterstellung wie bisher zu sichern gedenkt. Wir verstehen, wie gesagt, daß sich der Kapitalismus diese Sicherung seiner Existenz etwas kosten läßt und sie mit den verschiedensten Mitteln anstrebt.

Was an der Erklärung des Verlags nur besonders hervorgehoben werden muß, ist die Rolle, die Herr Professor Paul Vensch hier zugeschrieben wird. Dieser Sozialdemokrat, der den Genossen von Noszowicz erzählt, sein Eintritt in die Deutsche Allgemeine Zeitung bedeute für den Sozialismus eine wichtige Position, ist von Stinnes angestellt zu dem Zweck, um die Verbindung zwischen Deutsch-nationalen und sozialdemokratischen Arbeiterkraft zuzunehmen und die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bringen. Das gilt es, festzumachen, um Venschs Rolle ein für allemal klarzustellen.

Die Note Balfours

London, 2. August. Gestern Abend ist der Wortlaut der von Balfour unterzeichneten Note veröffentlicht worden, die dem französischen und dem italienischen Botschafter sowie dem Gesandten von Jugoslawien, Rumänien, Portugal und Griechenland überreicht wurde. Auch der amerikanische Botschafter erhielt aus Gründen der Höflichkeit eine Abschrift. Die Note ist von Balfour abgefaßt und von der Gesamtheit der Kabinettsmitglieder genehmigt worden. Sie besagt u. a.: Die Schulden an Großbritannien betragen gegenwärtig 3400 Millionen Pfund Sterling, nämlich 1450 Millionen Pfund von Seiten Deutschlands, 850 Millionen Pfund von Seiten Russlands und 1300 Millionen Pfund von Seiten der Alliierten. Andererseits schulde Großbritannien den Vereinigten Staaten etwa ein Viertel dieser Summe, nämlich 850 Millionen Pfund. Eine internationale Besprechung dieser beispiellosen Lage habe bisher nicht stattgefunden, und bis zu ihrer Regelung, die an die Wurzeln des Problems gehen werde, habe die britische Regierung sich zugehend dem Abstand genommen, irgendwelche Forderungen an die Alliierten wegen Zinszahlung oder Amortisation zu stellen.

Großbritannien sei bereit, alle die ihm von den Alliierten geschuldeten Anteile und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde.

Neuzeitliche eingetretene Ereignisse haben die Verwirklichung einer solchen Politik schwierig, die amerikanische Regierung habe England aufgefordert, die seit 1919 rückständigen Zinsen seiner Schulden an Amerika zu bezahlen, die Schulden zu funktionslos und sie binnen 30 Jahren zurückzahlen. Die britische Regierung erwiderte die Berechtigung dieser mit großer

Bestimmte gestellten Forderungen an und sei bereit

ihre Verpflichtungen zu erfüllen, oder sie könne die amerikanische Anleihe an England nicht als einen isolierten Teil behandeln. Die Anleihe bilde nur einen Teil eines zusammengehörigen Systems von finanziellen Transaktionen. Wenn die ungewisse Verpflichtung Großbritannien als Schuldner durchgesetzt werden solle, dann könnten seine ungewissen Rechte als Gläubiger nicht völlig beiseite gelassen werden. Zu den zahlreichen Wirtschaftskrisen, unter denen die Welt leide, gehöre die internationale Verschuldung und deren verhängnisvolle Rückwirkung auf die Kredit- und Wechselkurse, auf die internationale Produktion und den internationalen Handel. Die Völker aller Länder sehnten sich nach einer schleunigen Rückkehr zu einer normalen Lage.

Während die britische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen ist, die finanziellen (italienische usw.) Regierung zu erfordern, Vorkehrungen zu treffen, um nach ihrem besten Vermögen bezüglich ihrer Schulden an Großbritannien zu handeln, wünscht sie zu erklären, daß der Betrag der Zinsen und der Amortisation, um den sie ersucht, nicht so sehr von dem abhängt, was Frankreich und die andern Alliierten Großbritannien schulden, als vielmehr von dem, was Großbritannien an Amerika zu zahlen hat.

Wie bereits bemerkt, geht die von der britischen Regierung begünstigte Politik dahin, auf den britischen Anteil an den deutschen Reparationen zu verzichten und durch eine gleiche Transaktion die Gesamtheit der internationalen Schulden abzufriedeln.

Wenn dies sich insofern als unmöglich erweisen sollte, müssen wir erklären, daß wir keinesfalls wünschen, aus irgendeiner weniger befriedigenden Abereinkunft Vorteile zu ziehen. Inner keinen Umständen beabsichtigen wir, mehr von unseren Schuldnern zu verlangen, als notwendig ist, um unsere Gläubiger zu bezahlen. Die britischen Kriegsausgaben und die Hälfte der Anleihen an die Alliierten sind nicht durch auswärtige Anleihen, sondern durch unsere Anleihen und durch Steuern aufgebracht worden. Da andere Staaten leider ein gleiches Verfahren nicht einschlagen konnten, hat Großbritannien bei den Vereinigten Staaten Bürgschaft für sie leisten müssen.

Der größte der internationalen Schuldner ist Deutschland. Nun schlägt die britische Regierung nicht vor, daß aus Gründen der Gerechtigkeit oder Zweckmäßigkeit Deutschland seinen Verbindlichkeiten gegenüber den andern Alliierten erlassen werden soll. Großbritannien begnügt sich damit, nochmals zu erklären, daß es von den wirtschaftlichen Schäden, die der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge zugefügt werden, so tief überzeugt ist, daß England (unter Vorbehalt der gerechten Ansprüche anderer Teile des Reiches) bereit sein würde, jedes Anrecht auf deutsche Reparationen und alle Forderungen auf Rückzahlung durch die Alliierten aufzugeben, vorausgesetzt, daß dieser Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bildet, unter dem dieses große Problem als ein Ganzes behandelt würde und eine befriedigende Lösung finden könnte.

Eine allgemeine Regelung würde nach Ansicht der britischen Regierung von größerem Wert für die Menschheit sein, als irgendwelche Vorteile, die aus einer noch so erfolgreichen Eintreibung rechtmäßiger Verbindlichkeiten erwachsen würden.

Die Aufnahme in Amerika

Wie aus New York gemeldet wird, sagt der Führer der Demokraten Senator Hitchcock bezüglich der Aufnahme in Amerika, daß die Aufnahme in die Vereinigten Staaten zu streichen. Wenn eine solche Maßnahme jemals angewandt werden sollte, so würde dies nur der Fall sein, wenn die Vereinigten Staaten zu der Überzeugung kämen, daß die Lage nur durch eine betrübte Aktion gerettet werden könnte.

Rechtskoalition in Bayern

München, 2. August. Der Bauernbund, das Jungvolk an der Spitze, ist in letzter Stunde zugunsten der Deutsch-nationalen umgefallen. Es ist die Wiederherstellung der Rechtskoalition in veränderter Form, nämlich unter Ausschaltung der Demokraten, beschlossene Tatsache geworden. Die neue Koalition ist gefestigt und hat bereits heute nachmittags die vom Gesamtwahlrat abgeordnete Antwortnote genehmigt. Die Note wird heute Abend nach Berlin abgehen. Nach dem Zeitpunkt des Wiedereintritts in die Regierung und die Zahl der von ihnen zu besetzenden Ministerposten herrscht noch keine Klarheit. Vielleicht wird der offizielle Eintritt in die Regierung noch einige Wochen hinauszögern. Die Koalitionspolitik schließt, daß die Frage in einer verlässlichen beschleunigten Form gelöst ist. Die Deutsch-nationalen halten mit aller Festigkeit an der Befreiung von zwei Ministerposten durch ihre Partei, darunter dem Justizministerium, fest.

Die Staatszeitung trägt dem neuen Reichsminister Reichmann durch Angriffe auf die nordbayerischen Bürgermeisterei, die sich als offizielle Organe ihrer Gewerkschaften, Ministerpräsidenten nicht gefallen lassen wollen, und durch die Auf-

Nationalitätenkampf um Schleswig

Von H. Stauning

Unter Kopenhagener Mitarbeiter Richard Schwarz hatte Gelegenheit, mit dem Führer der dänischen Sozialdemokratie H. Stauning über die nord-schleswigsche Frage zu sprechen. Wenn wir auch nicht in allen Einzelheiten mit dem Führer unserer dänischen Arbeiterpartei einverstanden sind, so sind wir doch mit ihm durchaus einer Meinung, wenn er einer friedlichen Verständigung zwischen den Dänen und dem Deutschland auf beiden Seiten der Grenze das Wort redet. Die Dänen sind ein reinrassiges germanisches Volk; es wäre klüger, wenn wir nicht noch einmal mit ihnen das Grenz- und Nationalitätenproblem auf friedlichem Wege regeln könnten.

Das Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten, die jetzt in Nord-Schleswig — Sonderjylland — bereint leben ist im allgemeinen sehr gut und freundschaftlich. Deswegen muß es als ebenso unheilvoll wie kurzfristig bezeichnet werden, wenn gewisse nationalitäre Kreise, sei es in Deutschland oder in Dänemark die Vorstellung aufrecht zu erhalten versuchen, die Grenzregelung in Nord-Schleswig sei eine Ungerechtigkeit, gegen die angekämpft werden müsse.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese sich fälschlich national nennende Agitation am stärksten von deutscher Seite emporsteigt, obgleich es ein offenes Geheimnis ist, daß die Annexion von Nord-Schleswig im Jahre 1864 ein deutsches Unrecht am dänischen Volk war. Ich begreife durchaus nicht, daß die dänischen Regierungen vor dem Jahre 1864 die deutsch sprechende und deutsch gesinnte Bevölkerung in Süd-Schleswig und Holstein sehr unglücklich behandelt haben, auch war es unverständlich von der damaligen Regierung, zum Krieg zu scheitern. Das alles berechtigt aber — von einem wahren nationalen Standpunkt aus gesehen — den deutschen Uebergang vom Jahre 1864, durch den dänische Gebiete weit über die Grenzen nationaler Notwendigkeit hinaus annectiert wurden, in keiner Weise. Heute ist in Uebereinstimmung mit dem durch die Abstammung dokumentierten Volkswillen eine Grenze gezogen worden, die Deutschland im Jahre 1864 nicht hätte überschreiten sollen. Wer Frieden und Gerechtigkeit wünscht, sollte sich danach richten und alle schädliche nationalitäre Agitation einstellen. Es gibt jetzt eine deutsche Minderzahl in den zu Dänemark gelegenen Gebieten, aber diese Minderzahl wird rücksichtsvoller behandelt, als die Dänen im Jahre 1864. Sie wird keiner Zwangsherrschaft unterworfen werden, wie sie die dänischen Minderheiten aus der Vorkriegszeit konnten. Sie wird volle kulturelle und geistige Freiheit erhalten und Geschlecht nach Geschlecht für die deutsche Kultur bewahren können, falls dies mit den Wünschen dieser Bevölkerungsgruppe übereinstimmt.

Es ist sehr bezeichnend, daß die nationalitäre Agitation vorzugsweise von jenen Kreisen ausgeht, die Schleswig-Holstein trotz des Willens der Bevölkerungsmehrheit im dänischen Gebiet als unmittelbares Ganzes betrachten. Diese Agitation bringt viel Schaden. Sie macht nicht nur das Zusammenleben der beiden Nationalitäten in den Gebieten, wo man darauf angewiesen ist, zusammen zu leben, schwer, sondern sie läßt die dänischen Nationalisten in Flensburg, Nord-Schleswig und Dänemark ähnliche Ansprüche in der westlichen Zone (dem Flensburg-Gebiet) stellen, wo eine deutsche Majorität vorhanden ist. Ich betrachte es als ein Unglück, wenn eine solche Agitation auf beiden Seiten der Grenze getrieben wird. Die Sozialdemokratie in Dänemark hat denn auch von einem derartigen Treiben scharf Abstand genommen. Ich bin überzeugt, daß wir sehr wohl inlands sind, den dänischen Gegnern den Dampf aus den Kehlen zu nehmen, wenn man von deutscher Seite mit einer Agitation aufhört, deren Grundton es ist, daß die der Abstammung gemäß festgesetzte Grenze wieder geändert werden muß. Daß die verantwortlichen Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie bei den Verhandlungen die neue Grenze anerkennen und sich mit uns zusammen über die festzulegenden kulturellen Notwendigkeiten der Minoritäten verständigt haben, schätze ich sehr hoch ein. Es würde uns eine große Stütze im Kampfe gegen die dänischen Annexionskreise sein, wenn diese Anerkennung der Deffektivität gegenüber von der sozialdemokratischen Presse festgehalten würde.

Sächsische Angelegenheiten

Nochmals die deutschbaltische Hebräischerei

Mit einer — Kühnheit, die einer besseren Sache würdig wäre, verfuhr sich der deutschbaltische Bogländerische Anzeiger aus der Angelegenheit der beschlagnahmten Hebräischerei des Kunstmalers Genter in Strakberg herauszuheben. Das deutschbaltische Blatt behauptet in einem kühnen, aber unglücklichem Artikel Nr. 178 dreist und gottesfürchtig (wohl in der Hoffnung, daß man's nicht nachkontrollieren wird), die fragliche Hebräischerei sei noch gar nicht erschienen und sei zum Vertrieb noch gar nicht ganz fertiggestellt gewesen. Das Blatt behauptet ferner — wenn wir das fragliche Deutsch seiner Hebräischereit richtig verstehen —, daß nur die „Druckbogen“ beschlagnahmt seien.

Wie uns jedoch unser Mitarbeiter, der die Ausgaben des Bogländerischen Anzeigers erst jetzt zu Gesicht bekommen hat, mitteilt, ist das nicht wahr! Er hat eine fertige und fertige Hebräischerei, beschlagnahmt und in gelbem Umschlag, gesichert mit dem silbernen Hakenkreuz, gefestigt, in Händen, und er weiß als Fachmann, daß es eine „fertigerere“ Hebräischerei überhaupt nicht geben kann. Es kann also keine Rede davon sein, daß „Druckbogen“ der Arbeit vor der völligen Fertigstellung der Schrift in fremde Hände gelangt“ seien.

Ganz besonders dreist würden die Ausgaben des Bogländerischen Anzeigers im Hinblick darauf, daß diese „noch nicht fertigen Druckbogen und Druckabzüge“ gerade im Begriff waren, ins Wägenland zu verschwinden, also die Hebräischerei schon bereit standen, die Rollen mit den fertigen Heften in Empfang zu nehmen.

Man kann an dieser Art der Polemik wieder einmal klar erkennen, wie genau es dies deutschbaltische Blatt mit der Wahrheit nimmt. Wir werden uns das für künftige Fälle gut zu merken haben.

Unzulässige Bezirks- und Gemeindefeuern

Anlässlich eines Streites zwischen der Stadtgemeinde Pirna und der Oberpostdirektion Dresden ist dem Ministerium des Innern die Frage vorgelegt worden, ob die von vielen Gemeinden eingeführten Klassensteuererregulativen durch das am 1. April 1922 in Kraft getretene Landesgewerbesteuergesetz unzulässig geworden sind. Das Ministerium hat darauf eine Verordnung herausgegeben, in der es, ohne der Verwaltungsgerichtlichen Entscheidung vorzugreifen zu wollen, die Aufhebung vertritt, daß die Klassensteuererregulativen nach § 41 des Landesgewerbesteuergesetzes vom genannten Zeitpunkt an unzulässig sind, weil Reflektoren in der Hauptstadt von Gewerbebetrieben gemacht werden und somit eine unzulässige Doppelbesteuerung vorliegt. Der Kreisrat des Kreises Dresden beschloß, von einem Widerruf der Steuerordnungen abzusehen, jedoch den Gemeinden von der beabsichtigten Rechtslage Kenntnis zu geben, damit sie selbst in der Lage sind, die erforderlichen Entschlüsse zu fassen.

Der Bezirksverband Freiberg hatte vor längerer Zeit die Einführung einer Zweiggleitsteuer beschlossen, die auch von der Kreisoberpostdirektion genehmigt worden war. Sie ist aber noch nicht in Kraft getreten und wird wahrscheinlich auch nicht in Kraft treten, weil sie nur in Verbindung mit der zur selben Zeit beschlossenen, aber vom Landesfinanzamt beanstandeten Viehsteuer erhoben werden sollte. Da die Zweiggleitsteuer nur bis zum 1. April 1922 erhoben werden sollte, kam eine Kollision mit dem Landesgewerbesteuergesetz nicht in Frage. Nun hat aber der Bezirksverband Dresden-Kreisstadt beschlossen, eine solche Steuer ebenfalls einzuführen, und zwar vom 1. April 1922, also dem Tage, an dem das Landesgewerbesteuergesetz in Kraft getreten ist. Der Berichtserhalter hielt die Zweiggleitsteuer für unzulässig, weil sie vorwiegend vom Gewerbebetrieb erhoben wird und deshalb als Gewerbesteuer anzusehen ist. Zweiggleitsteuer wird ein Teil der Betriebsanlage. Seinem Vorschlag gemäß wurde die Steuer beanstandet.

Regelung des Autoverkehrs an Sonntagen im westlichen Erzgebirge

Die Kreisoberpostdirektion Chemnitz beabsichtigt im Bezugs der Verordnung des Ministeriums des Innern „zum Schutze der Erholung suchenden Bevölkerung auf Spaziergängen, Wanderungen, Ausflügen, an Ausflugsorten, in Sommerfrischen usw.“ eine längere Anordnung über den künftigen Durchgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen jeder Art an Sonn- und Feiertagen. Die Sperrung erfolgt vom April bis September von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends und in den Monaten Oktober bis März von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends. In der Amtshauptmannschaft Aue sind 48 Straßen und Wege in den Staatsforstrevieren Krattendorf, Reudorf, Coerwiesenthal, Untermiesenthal, Nöbelsdorf, Steinbach und Thum. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz sind alle Staatsstraßen und Kommunikationswege, mit Ausnahme von acht, gesperrt, in der Amtshauptmannschaft Zwickau sechs Straßen sowie sämtliche Straßen der Stadt Zwickau, ausgenommen die Chemnitz-Weichenhainer Staatsstraße, in der Amtshauptmannschaft Stollberg zehn Straßen, von Marienberg fünf Straßen und sämtliche Straßen der Stadt Marienberg, mit Ausnahme der Zwickauer, Freiburger (nach Zwickau) und Weichenhainer Straße, in der Amtshauptmannschaft Glauchau sämtliche Kommunikationswege sowie in Nieschütz-Gallenberg die von der Glauchauer Straße abzweigende Waldburger Straße.

Nach unter das Verbot fallen Fahrten, die der Beförderung von Kisten und Tiergästen die Ausführung ihrer Praxis sowie der Beförderung Kranke dienen, ferner Fahrten der Handlichen und der Post-Kraftfahrzeuge und der Feuerwehre- und Dienstfahrten der Behörden, einschließlich der Organe des Kurkurses. — Auf allen für den Kraftfahrzeugverkehr freigegebenen Straßen — auch

aufgehobener geschlossener Ortsteile — darf die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge während der angegebenen Nachmittagsstunden höchstens 20 Kilometer in der Stunde betragen. Eine Einschränkung der Erweiterung der Zahl der benutzten Straßen hat sich die Kreisoberpostdirektion nach den jetzt zu sammelnden Erfahrungen vorbehalten.

Es wäre wünschenswert, daß auch anderwärts Maßnahmen getroffen würden, um die Sonntagsausflügler vor den Belästigungen durch den Autoverkehr zu schützen.

Die Arbeitsmarktlage vom 23. bis 30. Juli 1922

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung teilt mit: Die Arbeitslage hat im allgemeinen das gleiche Bild der Vormonate. Vereinzelt wird immer noch über Kurzarbeit infolge Kohlenmangels berichtet. In der Landwirtschaft steigt der Bedarf an Arbeitskräften bei der Erntezeit immer mehr. Die Abwanderung in die Industrie fällt an.

Gewerkschaftskartell und Schließfest

Aus Penz wird gemeldet: Das hiesige Gewerkschaftskartell erläßt in der Sonntagnummer des Tagesblatts folgende Bekanntmachung: „An die gesamte Einwohnerschaft von Penz und Umgebung! Hiermit zur Kenntnis, daß der privilegierten Schließgesellschaft von Penz das Abhalten ihres Schließfestes von Seiten des Ortsausschusses, der Betriebsräte und des Aktionsausschusses nicht unterbunden worden ist, sondern nur drei selbstverständliche Bedingungen nach Lage der heutigen Verhältnisse gestellt worden sind, diese lauten: 1. Kein Tragen von Handwaffen während des Umzuges. 2. Keine Besetzung des Hauses mit schwarzweißen Fahnen. 3. Unterlassung jeder politischen Reden bei Festtafel und Sommerfest. Als erteilt jeder geschäftlichen Reden bei Festtafel und Sommerfest. Als erteilt jeder wohnen, wird ersucht, dieselben zu unterlassen.“

Gemeinsamer Tod auf den Schienen. Mittwoch morgen wurden auf den Schienen der Eisenbahnstrecke Berlin-Weißig-Hof, in der Nähe des Ortes Großschönau bei Weißig, die glücklich verheirateten Leichen des 19-jährigen Fabrikarbeiters Richard Seifert und der gleichaltrigen Eda Dehlschlager aus Gundorf bei Plauen i. E. aufgefunden. Bei Seifert befanden sich zwei Eintrittskarten zu einem Langsaal und 24 M. Geld. Da beide um 11 Uhr morgens aufgefunden wurden, ist anzunehmen, daß sie den Tod gemeinsam gesucht haben. Ueber das Motiv der Tat war noch nichts festzustellen.

Stadt-Chronik

Schule und Republik

Der Presseauschuss des Bezirkslehrervereins Dresden-Land schickt uns zu diesem Thema folgende Abhandlung:

Zu den alten großen Gegensätzen, die fließend durch das deutsche Volk hindurchgehen und die durch die Bezeichnungen: „Glaubensbekenntnis, Kleinstaaterei, Besitzbüchlichkeit“ kurz angedeutet sein mögen, ist nun eine neue Trennungslinie gekommen, nämlich die Einteilung in Monarchisten und Republikaner. Die freudvolle Ermordung Mathens hat die Leidenschaft vollends angeheizt, in verbissenen Groll stehen sich die beiden Lager gegenüber. Weiß und Weiblich sind in zeitgemäßer Form wieder entstanden.

Für die deutsche Schule ist die deutsche Vortragsform geradezu fürchterliche Lebensluft. Die Schule braucht wie jeder Garten Sonne und Wärme, Tau und Regen; bei Hagel, Schnee und Ungewitter kann kein Wachstum gedeihen. Die Erziehung des jungen Geschlechts, welches in 10, 20 Jahren unsern Staat übernehmen und tragen soll, kann nur in einem gleichmäßigen und zuträglichen politischen Klima erfolgen. Die Schule kann nicht warten, bis die kämpfenden Streitgruppen sich geeinigt oder die eine die andere niedergeworren haben; sie kann aber auch nicht teilnahmslos zur Seite stehen. Die Schule von heute erzieht die Staatsbürger von morgen, und muß deshalb wissen, nach welcher Richtung der erzieherische Einfluß wirken soll.

Die Schule ist freilich nicht der Ort, um das begriffliche Rätsel zu lösen, ob die Monarchie oder die Republik die bessere Staatsform darstellt. Aber Staatsformen bestehen bekanntlich nicht aus lehrhaften Meinungen; vielmehr sind sie der Ausdruck gegebener Verhältnisse und Machtverteilungen. Die unumrückliche Fürstentumsherrschaft war seinerzeit nicht etwa aus einer besonderen Vorliebe der Deutschen für die Annehmlichkeiten dieser Regierungsform entstanden, und ebensowenig ist der jetzige Freistaat lediglich aus einer bloß gedachten Schwärmerie hervorgegangen. Alle politischen Gestaltungen wachsen aus der Natur der Dinge und Kräfte und behaupten sich, solange sie zeitgemäß oder erträglich sind. Das Weibliche aber ist immer und überall einzig der lebendige Volkstörper, ihm allein hat die Staatsform zu dienen. Das politische Gehirn dieses Körpers konnte in gewissen, hoffentlich endgültig überlebten Zeiten in einem einzigen Kopfe wohnen. Der Staatsthrone kann aber auch in jedem einzelnen Bürger seinen Baugrund haben, und diese letztere Unterlage ist jedenfalls die

So hielt er Haß gegen die Bahn den ersten Einzug bei ihm. Die Bahn nahm ihm den Schlaf, sie machte ihn krank und verrückt. Er machte sie für alles Schlimme verantwortlich, das ihm zugefügt wurde. Sie wurde gewissermaßen sein persönlicher Feind, den er jeden Tag vor sich sah, und der groß und stark wurde und aus dem Boden selbst herauswuchs.

Und da fing er an, sich aus all dem fortzusehen. Am meisten sehnte er sich hinauf auf die großen Schneeberge im Süden. Dort würde er schlafen können.

Schließlich hielt er es nicht länger aus. Vielleicht hauptsächlich deshalb, weil er untermüdet auf Sarri (Hef, der oben bei den Arbeitern stand, die eine Hand in die Brusttasche geschoben, während er mit Romabberachtung der Arbeit am Berge zusah.

Agren hatte Sarri schon ein paar mal getroffen und pflegte immer mit ihm zu reden, denn er sprach sehr gut Finnisch, da er ein paar Jahre in Worga bei Verwohnen gelebt hatte. Sarri schien von Anfang an eine Sympathie für Agren gefaßt zu haben, nicht zum wenigsten wohl deshalb, weil dieser immer gut mit Tabak ausgerüstet war.

Agren fragte Sarri, ob er in den Mittsommerfesten mit ihm in die Berge gehen wolle. Sarri hatte große Lust, da er aber Verrell versprochen hatte, ihn nach dem Rautasjärvi zu führen, schlug er vor, daß sie alle drei zusammen am ersten schönen Tage loswandern wollten.

Die Wettermännchen waren günstig. Am Tage vor der Johannisnacht machten sie sich auf den Weg, Sarri an der Spitze, mit krummen Knien und mit einem kolossalen Boden auf dem Rücken, dann Verrell mit der Finte über der Achsel und zum Schluß Agren mit einer guten Last im Rucksack.

Die erste Weile ging leicht, wenn es auch sehr unangenehm war, bis an die Hüften durch die eiskalten Flüsse zu waten. Für Agren war es eine neue Erfahrung, daß er ein Schwimdelgefühl nicht unterdrücken konnte, wenn das eiskalte Wasser ihm über den Bauch kroch. Aber nach kurzer Zeit hatte er sich daran gewöhnt, mit durchnähtem Unterleib zu gehen, und fand schließlich, es sei eine Abkühlung, daß das Wasser in den Stiefeln plätschete. Und durch den Virenwald zu wandern war ein rechtliches Abenteuer.

(Fortsetzung folgt.)

Pioniere

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring

Aus dem Schwedischen übertragen von Elise v. Hollander

Alle drei blühten zum Kuolja hinaus.

Ein Teil der Abhänge war schneefrei, aber hoch oben hing ein schmutzgraues Schneeschollen, die jeden Augenblick abfliegen konnten.

Der untere Teil des Berges glitzerte und glänzte im Sonnenschein, als seien Millionen Diamanten darüber gestreut, der Gipfel aber war in einer wolkigen weißen Haube verhüllt, die fast mit dem Schnee da oben in eins zusammenfloß.

Serell sah Agren unten den Arm und zog ihn mit sich. „Ich bin überzeugt“, sagte er, „daß wir den Berg durchzimmeln müssen. Das wird eine greuliche Arbeit, aber dann sind wir wenigstens vor dem Schnee sicher.“

Agren hatte plötzlich das Gefühl, seine Aufgabe sei schwerer, als er sie sich gedacht hatte. Er wußte nicht, ob es Einbildung war, aber er fühlte ein Pröckeln. Die ganze Landschaft wurde plötzlich ernst und schwer.

Wenn Sie wollen, sehen wir uns den Abstoß an, denn wenn wir den Berg durchsteigen, müssen wir von da die Kraft für die Bohrmaschinen nehmen.“

Serell entwickelte den ganzen Plan mit dem Dammbau, den Holztrömmeln und den Generatoren, den Stofbohrmaschinen, der Aufmauerung und andrem. Agren hörte kaum zu. Er ging und grübelte über eine Sache nach.

Warum hatte die Landschaft ihr Gepräge geändert und war so ernst geworden?

Fünftes Kapitel

Mit der Wärme lebte die Mückenplage in ihrem ganzen Schrecken auf. Allen Leuten wurde die Wärme durch diese stechenden Untiere verdorben. Die Mückenfleier der Arbeiter wurden an einem einzigen Tage blutgesprenkelt von den Tausenden von Mücken, die sie auf dem Gesicht toschlugen. An Schlaf war nicht zu denken. Es war in den Dörfern die Mückenplage ein großes Schrecken. Straßen und Flüsse, und wenn die Arbeiter morgens hinausstiegen und

die Schlafstut ihnen noch in den Augenlidern hing, war es das Beste, sich ihnen fernzuhalten.

Es leuchtete vor Nordluft in dem blutgesprenkelten Weiß der Augen. Schlägereien flammten ohne eschlichen Anlaß auf, und dann wälzten sie sich zwischen Sand und Steinen, die Stiefelabdrücke gegen den Himmel gelechrt, während die Messer blitzten.

Besonders an den Sommerabenden, wenn die Schnapsflaschen aus Felspalt und Kellertüchern hervorgeholt wurden, hatte man das Gefühl, als lebe man am Fuße eines feuerpehenden Berges.

Es war, als müßte das gewalttätige und heiße Leben der Natur selber in diesen langen Sommertagen, wo die Sonne unausgeseht am Himmel brannte, auch das Tempo des Blutes in den Adern der Menschen antreiben. Wieweil ging ein Schneehauer nieder, breitete eine weiße Decke über die Landschaft, kühlte die Luft ab und lähmte die Mücken, aber nach einigen Stunden brach die Sonne durch und legte den Schnee auf, und die Mücke wurde nach der kurzen, schönen Ruhe doppelt lebhaft.

Agren, der den Auftrag bekommen hatte, die Kurven der Bahn zu berechnen, dachte, er müßte verrückt werden. Freilich gelang es ihm, nach gründlicher Jagd jeden Morgen das Zimmer einigermassen von Mücken zu säubern, indem er mit dem Handtuch gegen die Wände klatschte und die Pfeife rauchte, aber es dauerte nicht allzu viele Tage, bis die reizenden Tieren sich in bezug auf das Rauchen völlig allmählich hatten und den Pfeifenstamm mit Vorliebe als Momentade benutzten. Er verbrauchte mehrere Kilo Mückenöl, Spirite oder weiter keine Veränderung, als daß nun das Bohrinstrument dieses Fliegers noch leichter in die Haut hineinglitt. Das ganze Gesicht, Hals und Hände waren mit Weulen überzogen, die abwechselnd getrocknet werden mußten.

Es war sinnlos, an Schlaf zu denken. Nachdem er die Grenze des Tollwunders gestreift hatte, befriel er in tiefer Apathie und bildete sich ein, er würde schließlich immun werden, aber die Hoffnung trug, und er ging wieder zur Hut über. Er warf Weisfäden und Ritzel beiseite und wusch im Zimmer umher und suchte und verwünschte den Augenblick, wo er sich hätte verlatzen lassen, sich um eine Anstellung an der Bahn zu bewerben.

So hielt er Haß gegen die Bahn den ersten Einzug bei ihm. Die Bahn nahm ihm den Schlaf, sie machte ihn krank und verrückt. Er machte sie für alles Schlimme verantwortlich, das ihm zugefügt wurde. Sie wurde gewissermaßen sein persönlicher Feind, den er jeden Tag vor sich sah, und der groß und stark wurde und aus dem Boden selbst herauswuchs.

(Fortsetzung folgt.)

breitere und tragfähigere. Wenn jeder Volksgenosse sich als Staatsbürger fühlt, ist jeder ein Stück Adina.

Erziehung zur Mündigkeit, zur Verantwortlichkeit, zum Bewußtsein der Gemeinschaft ist an und für sich Aufgabe der Schule; sie kann sich also, ohne sich irgendeinen Zwang anzutun, in den Dienst des republikanischen Gedankens stellen. Dabei wird sie die Republik nicht als die Staatsform der reinen Freiheit darstellen können, sondern als die Staatsform, die ihren Bürgern große Rechte gewährt, weil sie noch größere Pflichten auf deren Schultern legt. So wird also die Jugend in der Schule nur dann zu brauchbaren Republikanern erzogen werden, wenn sie mit Staatsgenüßung angekräftet wird.

Die besorgte E.-G.-D.

Bekanntlich nahm der Reichsverkehrsminister Groener Anstoß an dem Plakat für das Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig. Es ließ den Auszug dieses Plakats, auf dem ein Arbeiterturner eine rote Fahne trug, auf dem deutschen Republik verbeihen, um zu verhähen, daß die deutschen Spieler und Spielerinnen das Gruseln bekämen. Einige übereifrige Dienststellen verboten sogar das Schmähen der Extrazüge. Ein Leipziger Oberpostinspektor ließ von einem aus dem oberen Erzgebirge kommenden Extrazug ein Plakat entfernen, das möglicherweise nicht einmal das Mißfallen des Verkehrsministers Groener gefunden hätte.

Besonders besorgt aber war die Eisenbahngeneraldirektion Dresden. Sie erließ noch am 21. Juli folgenden Beschluß:

Das Reichsverkehrsministerium hat den Auszug des Plakates, betreffend das Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest, auf den Bahnhöfen abgelehnt, weil die rote Fahne auf dem Plakat zu stark hervortritt und bei der Reichsbahn lediglich das Verkehrsministerium, das zentrale Gebiet der Reichseisenbahn von jeder politischen Auseinandersetzung frei zu halten.

Die Dienststellen werden daher angewiesen, auf den Bahnhöfen eine anhängende Plakate des genannten Arbeiter-Turn- und Sportfestes oder ähnliche Plakate sofort zu entfernen.

Auf einigen Bahnhöfen hängen auch noch Plakate über die Rathenau-Wälder aus. Nachdem diese tot sind, sind auch diese Plakate zu entfernen.

Je besonders — an familiäre Dienststellen zur Kenntnisnahme umgebend weiterer Veranlassung.

Gezeichnet ist dieser Beschluß mit Dr. — Geheimrat von Bressius. Wahrscheinlich fürchtete er noch nachträglich schädliche Einwirkungen auf die Bahnbeamten durch ein schließlich noch an einem verschwiegenen Ort anhängendes Turnerplakat.

Allem Anschein nach haben Herrn v. Bressius auch die Rathenau-Plakate schwer verdrossen. Das ist begreiflich. Denn Herr von Bressius ist durchaus nicht von republikanischem Geiste befeelt. Und wenn einmal bei der Eisenbahnverwaltung die große Reinigung vorgenommen wird, die schon viel zu lange auf sich warten läßt, darf sie an Herrn von Bressius nicht etwa spurlos vorübergehen.

Da aber Herr von Bressius so besorgt ist, „das neutrale Gebiet der Reichseisenbahn von jeder politischen Auseinandersetzung frei zu halten“, geht er vielleicht einmal auf den Neustädter Bahnhof. Dort hängt noch das Riesenplakat einer Zigarettenfabrik, auf dem Kaiserliche Marine im Paradeanzug für eine Zigarettenmarke wird. Was der rote Fahne eines Arbeiterturners recht ist, muß den blauen Jacken kaiserlicher Matrosen schließlich billig sein. Und da die Zigarettenfabrik dieses Plakat noch nicht aus eigenem Antrieb entfernen ließ, sorgt vielleicht Herr v. Bressius dafür, daß es verschwindet.

Die Fähnchen in der 24. Volksschule

In der Nummer vom 28. Juni brachten wir eine Aufschrift, in der ein Vorfall in der 24. Volksschule behandelt wurde. Zwei ältere Schulkinder hatten schwarzweilrote Fähnchen an die Kinder einer jüngeren Klasse verteilt. Der Vorgang machte den Eindruck einer von dritter Seite veranlaßten absichtlichen Provokation. Er löste sich nun aber als harmlos auf. Das Bezirksinspektat III Dresden I schreibt uns jetzt dazu auf Grund eines von der Leitung dieser Schule erstatteten Berichts:

Herr Oberlehrer Diethe hat zwei sich freiwillig meldende größere Schulkinder damit betraut, seinen Kleinen beim Einpacken und Ankleiden behilflich zu sein, im Hofe mitzuspielen und, wenn er einmal nicht selbst während der Pause bei seiner Klasse bleiben kann, diese zu beaufsichtigen. Die Kleinen hängen mit großer Liebe an den Großherren. Am betreffenden Tage hatte nun ein Vertreter des Lehrerkollegiums eine kurze Sprechstunde während der Pause beantragt, um über das Verhalten der Schule bei der Frauenkundgebung für Dr. Rathenau (Schulmädchen und Beteiligung an der Demonstration) zu beraten. Während dieser Zeit sind die zwei Schulkinder in der Klasse des Herrn Diethe geblieben und haben dort ohne Wissen desselben an eine Anzahl der darum bittenden Kinder — nicht an alle — kleine, aus den Handstreifen einer alten Kriegsmantelfarbe geschnittene, Papierfähnchen verteilt, die das eine Mädchen in spielerischer Weise angefertigt hatte. Herr Oberlehrer Diethe hat davon erst durch den Zeitungsartikel erfahren. Die meisten Kinder seiner Klasse sind im Besitze des Festes. „Was soll ich ausmachen?“ von Richard Penning, darin sind unter anderen Gegenständen auf der ersten Seite auch Fähnchen verschiedener Jahre, allerdings auch eine schwarzweilrote. Dadurch ist das größere Mädchen auf den Gedanken gekommen, auch Fähnchen auszuschnitten und die Kleinen damit zu erfreuen. Es ist ganz zweifellos, daß es sich dabei nicht um ein Verbrechen handelt, sondern um eine Provokation beabsichtigt hat. Es hat nicht geahnt, welche Folgen sein kindliches Spiel haben konnte. Daß die Mädchen gesagt haben sollen, die Kleinen möchten die Fähnchen heute am Tage der Beerdigung Rathenaus, D. Red.) annehmen, bestreiten sie ganz entschieden, dauso, daß sie von irgend jemand zur Verteilung aufgefordert seien. Ohne Zweifel ist Elternhaus und Schule an der Sache völlig unbeteiligt. Die Eltern des Mädchens, das die Fähnchen ausgeschnitten hat, haben davon ebenso wenig gewußt, wie der Lehrer.

100 Prozent innerhalb 12 Stunden!

Im Café König kostete am Freitag Abend ein Schinkenbrat 30 M. Am Sonnabend vormittag 40 M. und am Sonntag vormittag 45 M. Aus dem Schinkenbrat war zudem ein Brötchen mit Schinken geworden, aber nicht nur auf der Speisekarte, sondern auch in Wirklichkeit. Auf den Einspruch eines Gastes beim Kellerer am Sonnabend wurde erwidert, daß die Kusländer ja den Preis bezahlen würden! Das war die ganze Rechtfertigung. Ein anderer Kellerer meinte allerdings, es müsse ein Irrtum vorliegen, denn bis jetzt sei ein Unterschied gemacht worden zwischen dem Café König im Erdgeschoss und der Königshalle im ersten Stock, wo man schließlich noch die Wurst sowie die ganze Aufmachung mit der gleichen Marke. Als aber das „Brötchen mit Schinken“ auf 45 M. schlugen war, wurde man dahin belehrt, daß zwischen Diele und Tische zum Unterschied mehr gemacht würde. Es bleibt also bei der noch als hundertprozentigen Preissteigerung innerhalb kurzer Zeit. Es barst ja in dieser Zeit mancher erlebt, aber eine Preissteigerung

von hundert Prozent innerhalb zwölf Stunden ist immer noch eine Leistung, die dem Café König bis jetzt wohl nur wenige nachzumachen gewagt haben.

Zulagen für Militärentner

Pr. Mit Wirkung vom 1. August 1922 erhalten Empfänger von Militärentnen auf Antrag folgende Teuerungszulagen:

Ein Schwerbeschädigter mit einer Rente von 50 bis 80 Proz. monatlich 500 M., bei einer Rente von mehr als 80 Proz. monatlich 750 M.; ein Schwerbeschädigter, der nur auf die Rente angewiesen ist und nachweislich einen Erwerb nicht ausüben kann, monatlich 1000 M.; eine Witwe monatlich 500 M.; eine Witwe, die nur auf die Rente angewiesen ist und nachweislich einen Erwerb nicht ausüben kann, monatlich 700 M.; eine verwitwete Witwe monatlich 550 M.; eine verwitwete Witwe monatlich 800 M.; ein Elternpaar monatlich 300 M.; ein Elternpaar monatlich 500 M. Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungszulage für jedes Kind 200 M. Ferner erhalten einen Teuerungszulage die Empfänger eines Liebergangsgeldes monatlich 450 M., Empfängerinnen einer Witwenrente monatlich 450 M., Empfänger eines Hausgeldes während der Heilbehandlung, auch wenn die Erwerbsminderung weniger als 50 Proz. beträgt, für die vollen Kalendermonate monatlich 450 M., wenn der Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungszulage für jedes Kind monatlich 300 M.

Liebergehalt nun das regelmäßige Einkommen, das der Versorgungsberechnete bezieht, den ihm bei Erwerbsminderung zustehenden Teuerungszulage und die Zulagen für Kinder und Waisen um 75 Proz., so erhält er nur den halben Teuerungszulage. Liebergehalt das Einkommen den Teuerungszulage um 125 Proz., so fällt der Teuerungszulage weg. Diese Einkommensgrenzen verringern sich für die Ortsklassen B und C um 10 Proz. und für die Ortsklassen D und E um 20 Proz.

Versorgungsberechtigte, die nach ihrer Arbeitsfähigkeit in der Lage sind, einem Erwerbe nachzugehen, die Liebernahme einer ihnen nachgewiesenen geeigneten Arbeit ablehnen oder ihren Arbeitsplatz schuldhaft verlassen haben, erhalten keinen Teuerungszulage. Für das Sterbegeld wird die allgemeine Teuerungszulage von 35 auf 200 Proz. erhöht. Die Pflegezulage und die für die dem Blinden zustehenden Unterhaltskosten für den Führerband wird von 35 auf 250 Proz. erhöht.

Keinen Anspruch auf die Teuerungszulagen haben Beschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 Prozent gemindert ist, Witwen, die weder erwerbsfähig, noch einer erwerbsfähigen Witwe gleichgestellt sind, und Kapitulanten, die auf Grund ihrer Militärrenten bedürftig sind.

Rentenempfänger unter 50 Prozent und erwerbsfähige Witwen sollen die Teuerungszulagen erhalten, wenn sie trotz eigenem Bemühen und trotz der Mitwirkung der Fürsorgebehörde eine regelmäßige Arbeit nicht ausüben können und ihr Einkommen die oben angegebenen Einkommensgrenzen nicht übersteigt.

Alle diese vorgenannten Teuerungszulagen werden nur auf Antrag bei der Fürsorgebehörde gewährt. Es liegt darum im Interesse der Rentenempfänger, diese Anträge sofort zu stellen.

Wohltätige Heuerien

Der Dresdner Anzeiger und einige andre Blätter versuchen aufs Neue, der Regierung etwas am Zeuge zu fassen. Sie stellen die Behauptung auf, die Regierung beabsichtige, besondere Militärzulagen einzuführen. Wir erfahren dazu an zuverlässiger Stelle, daß diese Behauptung einfach erfinden ist. Sie scheint nicht lediglich zu dem Zweck aufgestellt zu sein, die Beamten gegeneinander und gegen die Regierung aufzuhetzen.

Ein Postmarder

Wegen einfacher und schwerer Amtsunterschlagungen, verbunden mit Urkundenfälschung, sowie etwa wegen Diebstahls hatte sich der am 28. April 1900 in Dresden geborene frühere Hilfspostinspektor Hans Erich Krüger vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte kam 1917 zur Post als Ausbilder, dann wurde er zum Heer eingezogen und war bis 14. Dezember 1918 Soldat. Hierauf wurde er wieder bei der Post in Wiesa als Ausbilder eingestellt und im September 1919 in Zeithain als Postbeamter eiblich verpflichtet. Am 1. Februar 1920 kam er zum Postamt 28 (Dresden-Völsau) und später als Hilfspostinspektor (Kandrieführer) nach Gorbitz. Nach der Anklage hat er in Völsau Briefe unterdrückt, ihres Inhalts beraubt und verschwinden lassen. Während seiner Tätigkeit in Gorbitz unterschlug er am 10. Februar 1922 einen ihm zur Weiterbeförderung übergebenen Geldbetrag von 321,50 M. Am 17. Februar 1921 wurde ihm in seiner Eigenschaft als Landbriefträger eine Summe von 1722,26 M. als Postgeld für die Weiterbeförderung übergeben. Auf diese Summe besteht er für sich und machte in die betreffenden Bücher keine oder falsche Einträge. Am selben Tage wurde ihm noch zur Weiterbeförderung ein Betrag von 81,50 M. übergeben, den er ebenfalls für sich behielt. Am 1. März d. J. wurde er von der Post entlassen. Er trieb sich erst eine Zeitlang in Berlin und dann in Dresden in der Postuniform herum. Während dieser Zeit (März und April) verließ er auf Grund der Uniformierung noch eine ganze Reihe Stationen. In Berlin übergab ihm ein Herr in ganzem Anzug mit Medaillen, das er beibehalten sollte; zum Postamt erhielt er 100 M. Am 1. April war er in Zeithain. Von seiner früheren Tätigkeit daselbst hatte er noch einen Schlüssel zu dem Gepäckraum bei sich. Nach Geschäftsstunde öffnete er den Raum und nahm ein Paket mit 12 Paar Kinderstiefeln, die er für 300 M. verkaufte. In Dresden übergab ihm ein Mann einen Brief und 2 M. zur Beförderung, das Geld behielt er für sich und der Brief verschwand. Für diese drei genannten Fälle ist vorläufig das Verfahren eingestellt. Am 24. April trieb er sich auf dem Hauptbahnhof herum, immer in der Postuniform. Als der Berliner Postgang gestellt wurde, ging er durch die Bahnpforte zu dem offenen Packwagen und entnahm ihm einen Briefbeutel, mit dem von ihm umgehender die Sperre passieren ließ. Er begab sich in einen Abort, öffnete dort den Beutel und nahm die einzelnen Briefe. Die leeren Briefe und Briefhüllen schleppte er in das Closett. Das fiel einem Besucher des Nachbars ab und er teilte dem Postamt mit. Krüger wurde verhaftet und verhaftet. Der Angeklagte war in allen den genannten Fällen geschuldig. Den ersten unterschlagenen Geldbetrag von 321,50 M. zahlte er von dem zweiten unterschlagenen Posten von 1722,26 M. beide Male per Post an die zurückgehaltene Adresse. — Nach dem Wahrspruch der Postämter verurteilte das Gericht den Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Drei Monate der Strafe gelten als verbüßt.

Zeitung und Zeitung. In der gestrigen Anstellung über die Steigerung der Teuerungszulagen einer Zeitung ist ein Fehler unterlaufen. Die Löhne der Buchdrucker sind nicht um das 47fache gestiegen. Der Reichsdurchschnittslohn betrug am 10. Juli das 39,2fache, ab 1. August das 49,8fache des Friedenslohnes. In Betrieben wie dem unsrigen, in denen vor dem Kriege über das Minimum gezahlt wurde, betrug die Steigerung im Juli gar nur das 35fache. Auch die übrigen Löhne und Gehälter im Zeitungsbetrieb sind nur um ungefähr das gleiche Verhältnis gestiegen.

Angewiesen ist aber schon wieder der Papierpreis gestiegen. Während er noch im Juli das 100fache des Vorjahrespreises betrug, tritt für August eine nochmalige Erhöhung auf das 138fache ein. Damit verschiebt sich das Verhältnis noch mehr zuungunsten der Zeitungen.

Mitteilungen aus der Besatzungstruppe. Der Rat genehmigt die vorübergehende Einschränkung des Publikumsverkehrs beim Wohnungsumbau noch näher zu bestimmenden Umfang. — Für den bei der Eingemeindung vorgesehenen Ausbau der 61. Volksschule im Stadtteil Reichswitz zu einer achtklassigen Schule beabsichtigt man unter Anerkennung der Dringlichkeit zum Umbau der Schulräume 733 000 M. aus der Anleihe. — Auf Antrag der Volkshausverwaltung der Pflanzmannschen Odeonstraße wurde die Erhöhung der Eintrittspreise für den Kollekzionistenkongress für die kommende Spielzeit auf das Doppelte genehmigt. — Für die Be-

festigung der Gangbahn auf dem Hofweg im Stadtteil Reichswitz werden rund 65 000 M. nachbewilligt. — Infolge der weiteren Befestigung und Preissteigerungen beschließt der Rat die Pflichten für die städtischen Anstalten für den 8. August d. J. an um 50 Prozent, die Gebühren für Straßeneinrichtung um 800 Prozent und die Einkommensgrenzen für Pflegeheimernährung um 50 Prozent für Bekleidung und 100 Prozent für Bekleidung zu erhöhen. — Die bauplanmäßige Straße 18 zwischen Rippsharfer und Zimmalder Straße in Borsdorf ist zwischen Schellerhauser Straße benannt. — In Punkt 2-5 ist die Zustimmung der Stadterordneten erforderlich; von Punkt 1 ist ihnen Kenntnis zu geben.

Die Eisenbahn-Festlegungsbereitschaft bei Poststadt Plauen sind soweit fertiggestellt, daß mit der Aufstellung der eisernen Heberbauten der Straße Plauen begonnen werden kann. Das Gerüst für die Heberbauten, das in diesen Tagen aufgestellt wird, läßt für den Rohbau eine Durchfahrtsbreite von 6 Meter und eine Turmhöhe von 3,85 Meter frei. Diese Maße sind vom 2. August an für den Verkehr auf der Straße Plauen zu beachten.

Erhöhte Preise für Lieberfahrten. Straßen- und Wasserbauamt wie Rentmeister Hauptmannschaft erlassen einen Nachtrag zum Lieberfahrtspreis für die Lieberfahrten. Danach beträgt vom 1. August an der Lieberfahrtspreis für eine erwachsene Person 2 M., für ein Kind unter 12 Jahren 1 M. bei einem Wasserstande unter 2,50 M. Bei über 2,50 M. und bis zu 3,50 M. 1,50 M. Kinder- und Sportwagen kosten so viel wie ein Erwachsener.

Ein Wasserrohrbruch erfolgte am Montag Abend gegen 11 Uhr in der Vorstadt Räckwitz. Infolge der Hitze wurde ein Wasserrohr in der Straße Räckwitz mit Schieberhähnen auf dem Rade angedreht, so daß ein großes Wasserrohr aus dem Boden trat. Es gelang es nicht, die heftig strömende Wasserleitung vor 6 1/2 Uhr morgens abzustellen, so daß das Wasser über sieben Stunden weglief. Zum Teil pochte die Bevölkerung nicht zum Teil fand man nicht alle Schieber auf, was daran lag, daß sie noch nicht mit Schiebern versehen sind und man den Beamten, der über ihre Lage Auskunft nachrichten erließen heute ein Bericht, der die Sache mit „einer Reihe unglücklicher Umstände“ entschuldigen will, jedenfalls aber steht fest, daß hier sehr viel nicht recht in Ordnung gewesen ist.

Unfall in der Reider Gasanstalt. Beim Abladen schwerer eiserner Gasrohre in der Anstalt brach eine Rohre. Dabei kam ein 37-jähriger Gasanhaltsarbeiter W. unter ein solches Rohr zu liegen, wobei er sich schwere Verletzungen zuzog.

Der Sturz von der Leiter. Herr Kontor K. Gräbler stieß mit, daß er den gestern berichteten Unfall in der Wohnung eines Verwandten, nicht im Hauptbahnhof erlitten und die Sanitätswoche dortselbst erst nach dem Vorfalle behufs Güteleistung aufgeschoben habe.

XII. Internationaler Sternographenkongress. Am Begründungstag am 7. August, 7 Uhr, im katholischen Gesellenhaus, Käuferstraße 4, kann sich jeder Sternograph, gleichviel welchen Landes oder welchen Systems, beteiligen.

Einheitsverband deutscher Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. 10. Stadtbezirk. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gasthof Fugmann, Leipziger Straße 176, Bezirksversammlung. — 5. Stadtbezirk. Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksversammlung im Restaurant Königsberg, Strohm. Referent: Konrad Thomas.

Allgemeiner Mietwohnerversammlung Dresden. Sonnabend den 5. August, abends 7 1/2 Uhr, findet in den Annenalleen (Kleiner Gock) Röhrenplatz, eine Besprechung über die Dresdner Mietpreisbildung statt.

Dresdner Umgebung

Grumbach. Autounfall. Auf der Baumgraben, dreites Stadtdreieck, die von Kellendorf nach Grumbach führt, fuhr heute gestern ein in voller Fahrt befindliches Auto an einem hohen Strauchbaum. Die Insassen des Wagens stiegen in weitem Bogen heraus; einer derselben blieb liegen und wurde durch den Aufprall in ein Dresdner Krankenhaus gebracht. Der Unfall ist noch einfachlich abgelaufen, denn das Auto fuhr äußerst schnell. Augenzeugen schätzen die Geschwindigkeit auf mindestens 50 Kilometer. Durch den Anprall ist der 35-jährige starke Mann an den Wurzeln umgebrochen worden. Das Auto konnte selbstverständlich nicht mehr weiterfahren. — Eine mit einem Traktor besetzte Frau, die mit wenigen Schritten von der Unfallstätte vorüberging, erlitt einen Ohnmachtsanfall vor Schreck.

Aus dem Bartleben

Vorstand des Arbeiterwohlfahrtsausschusses! Sonntag den 6. August: Festmahl des Erziehungsanstalt Bräunndorf bei Freiberg. Abfahrt: Samstag 9.10 Uhr ab Hauptbahnhof nach Frankenstein bei Freiberg. Treffpunkt: 8 1/2 Uhr, Auppelbach. Bei schlechtem Wetter fällt die Festmahlung aus.

4. Unterbezirk

Kreisfunktionsäre

Sonnabend den 5. August, nachmittags Punkt 5 1/2 Uhr, im Volkshaus (großer Saal). Tagesordnung: 1. Bericht von der Landeskonferenz. Referenten: Genossen Luther und Sudil. 2. Der Parteitag und seine Aufgaben. Referent: Genosse Redakteur des G. (Wahl von zwei Delegierten). 3. Stellungnahme zur Parteiverordnung. 4. Stellungnahme zur Kandidatenfrage für den Parteitag und den Reichstag. 5. Anträge. 6. Allgemeines.

Die Bezirke werden ersucht, soweit das noch nicht geschehen ist, die Delegierten zu wählen. Die Delegierten müssen im Besitz des Sekretariats herausgegebenen Delegierten-Ausweises sein. Nichtberechtigte Parteimitglieder weisen sich durch das Mitgliedsbuch aus. Anträge zum Parteitag, die auf der Konferenz beraten werden sollen, müssen rechtzeitig eingereicht werden. Es wird um Pünktlichkeit ersucht, damit die auswärtigen Genossen der Konferenz sich zum Schluß beimohnen können.

Dresden-N. Gruppen 1-6 und Wahlhelfergruppe, Morgen Freitag, 8 Uhr, in den bekannten Lokalen: Gruppenversammlung. Vorstandsbereich und Allgemeines. — Im Habeburger Hof (Wahlhelfergruppe) findet Genosse Heiß über: Sozialismus und Demokratie. Voluntary Erscheinung ist Pflicht. Die neugewonnenen Mitglieder sind besonders herzlich willkommen.

Bezirk Trachenberge. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Besprechungsraum: Mitgliederversammlung. Wichtige Angelegenheiten. Vorstandsbereich. Ausdrücke über die Bezirke, Allgemeines. Erscheinung aller ist Pflicht.

Bezirk Meissen. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Meissener Restaurant: Mitgliederversammlung. Bericht und Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. Allgemeines Erscheinung ist erwünscht.

Bezirk Wittenberg. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Meissener Restaurant: Vortrag des Genossen Redakteur des G. über: Parteiverordnung und Demokratie. Vorstandsbereich und Allgemeines. Es wird mit vollständiger Besetzung gerechnet.

5. Unterbezirk

Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet in allen Gruppen Mitgliederversammlungen mit wichtiger Tagesordnung statt. Erscheinung aller ist notwendig. Der Vorstand.

Gruppe 5, Friedrichstadt. Vorstandsbereich, Unterbezirksführer, Sekretariat, Partei- und Betriebsbeauftragte der Gruppe 5 sind hiermit zur Versammlung über die Parteiverordnung und wichtige Parteifragen für Freitag, 4. August, (8 Uhr) um 8 Uhr, nach dem Volkshaus eingeladen. Volkshaus.

